

souverän



Senioren am Steuer: Wie groß ist das Risiko wirklich?

Bundeswehr: Nur bedingt einsatzbereit?

Ein Interview mit Bundesverteidigungs-
ministerin Ursula von der Leyen

Wohnungsbaupolitik:

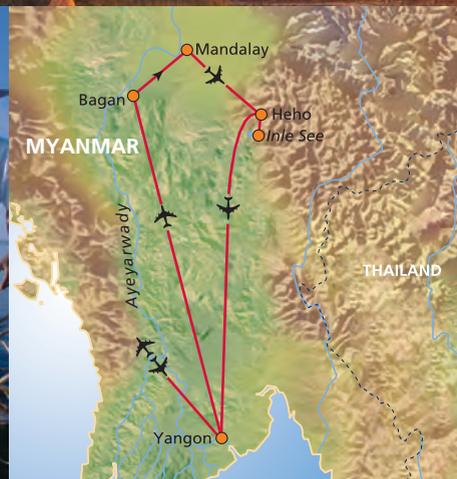
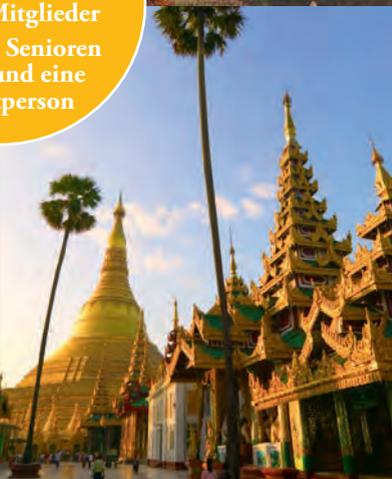
Nicht schon wieder die alten Fehler!

Gebeco

LÄNDER ERLEBEN

**€ 300
Preisvorteil**

p.P. für Mitglieder
der CDU Senioren
Union und eine
Begleitperson



Myanmar

das goldene Land

12-Tage-Erlebnisreise mit Sonderkonditionen für die Mitglieder der CDU Senioren-Union

Die Faszination Myanmars kann man nicht beschreiben – Sie müssen sie erleben! Goldene Pagoden, buddhistische Heiligtümer und uralte Traditionen. Es erwarten Sie unvergessliche Begegnungen mit Land und Leuten. Rücksichtsvoll und intensiv. Mingalabar Myanmar!

Reisetermine:

12. bis 23.01.2017 mit Emirates-Flügen ab Hamburg und Frankfurt

09. bis 20.02.2017 mit Emirates-Flügen ab Düsseldorf und München

€ 2.495 für Mitglieder der CDU Senioren-Union und eine Begleitperson pro Person im Doppelzimmer

€ 2.795 für Nichtmitglieder pro Person im Doppelzimmer

Einzelzimmerzuschlag **€ 595**

- › Shwedagon-Pagode bei Sonnenuntergang
- › Ausflug zum Mount Popa
- › Besuch eines ursprüngliches Dorfes am Inle See
- › 4-Sterne Hotels, Halbpension
- › komplettes Besichtigungsprogramm mit Deutsch sprechender Gebeco Reiseleitung

Mit dem **A380** auf
ausgewählten Strecken



Ein detailliertes **Sonderprospekt zur Reise und das Anmeldeformular** finden Sie unter **www.senioren-union.gebeco.de** oder rufen Sie uns an. Gerne schicken wir Ihnen das Prospekt nach Hause. Reise-Service-Telefon für Leser der Souverän: **0431 544 66 88**

*Selbstverpflichtete können sich freuen,
die sie nicht können sich freuen.*



„Vergessen Sie nicht, wer Sie sind und was Sie geleistet haben“, diese Worte richtete Barack Obama kürzlich während seines Deutschlandbesuchs an die Europäer, und wenige Wochen später stellte Papst Franziskus die Frage: „Was ist mit Dir los, Europa?“, als er in Rom den Karlspreis überreicht bekam. Beide hatten guten Grund zur Mahnung. Allzu viele Bewohner des „Alten Kontinents“ scheinen vergessen zu haben, was Europa als Verfechter der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit diesem Erdteil und der Welt geschenkt hat, andererseits aber auch häufig über Jahrhunderte durch schändliche Taten seinen Ruf ruinierte und große Teile unserer Erde und schließlich sich selbst ins Elend stürzte. Nachdenken ist angesagt, nicht allein über 3.000 Jahre europäische Geschichte unter den Symbolen von Akropolis, Kapitol, Golgatha und Aufklärung, sondern ganz konkret auch über die Zeit vor 70 Jahren, als die „Alte Welt“ in Trümmern lag, Millionen Tote zu beklagen waren und verkrüppelte, geschundene, hungernde und zerlumpte Menschen, die meisten von ihnen ohne ein Dach über dem Kopf, bar jeder Hoffnung und voller Verzweiflung im Land herumirrten. Das war das Bild, das Europa zum Ende des Krieges bot und das die Zukunftsfähigkeit der europäischen Gesellschaften, insbesondere die der deutschen, in Frage stellte. Und welche Kräfte wurden plötzlich freigesetzt, als die Europäer endlich begriffen, sich zusammenschließen, einer neuen Einheit die einmalige und wohl letzte Chance zu geben, mit einer gemeinsamen Politik nationale Interessen europäischen unterzuordnen und somit Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle Europäer zu garantieren.

Diese Einsicht führte zur Gründung eines gemeinsamen Marktes, der nationale Grenzen als trennende und abweisende Hindernisse abbaute und vielfältige Begegnungen der Menschen aus verschiedenen Nationen förderte, die alle mithalfen, bislang geschürte Vorurteile übereinander als überholt, falsch und schädlich zu entlarven und zu beseitigen. Und der erfolgreich eingeschlagene Weg führte weiter. Die Einheit, nicht die Einheitlichkeit, wurde das Fundament der Staaten Europas, das mit dem Charme seiner unterschiedlichen Traditionen und Lebensarten und seiner so bunten Regionen erst recht auf die Menschen anziehend wirkte. Es war die Politik Adenauers und Schumans, de Gasperis und anderer großer Europäer, die in der Stunde Null des totalen Zusammenbruchs eine neue Epoche des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts in Europa einleiteten. Sie wollten den Nationalismus, der Europa in den vergangenen Jahrhunderten in so viele blutige Kriege und unendliches Elend verstrickt hatte, überwinden und in einem geeinten Europa eine dauerhafte Friedensordnung schaffen. Vielen Menschen schien es wie ein Wunder, wenn sie in Erinnerung an das in einem grauenhaften Krieg ertragene Leid nunmehr in Frieden und guten nachbarschaftlichen Beziehungen mit den Menschen diesseits und jenseits der Grenze leben konnten. Haben wir das alles vergessen? Sind wir in Europa so müde und so träge geworden, die Erfolge der Einheit als selbstverständlich zu betrachten und zu glauben, alles würde so bleiben wie bisher? Wer sich mit der sogenannten „schweigenden Mehrheit“ tröstet, das werde schon reichen, wenn andererseits überkommene Wertvorstellungen sich einer Null-Linie nähern, der wird bald erfahren, dass in solchen Zeiten schweigende Mehrheiten ungewollt zum Komplizen radikaler Minderheiten werden. Einem europäischen Desaster käme es gleich, den dumpfdröhnenden Europegegnern das Feld zu überlassen. Ein über Jahrzehnte aufgebautes Vertrauen wäre verloren, und Europa als anerkannte Friedens- und Ordnungsmacht ginge zum „Deubel“.

Zuweilen frage ich mich schon, wie arrogant und vermessen, hochmütig und abfällig es ist, wenn manche Protagonisten des Zeitgeistes in platten Kalauern eine der erfolgreichsten Epochen in der modernen Geschichte unseres Landes, die den Menschen in der Bundesrepublik, im Gegensatz

zu ihren Landsleuten im Osten, Frieden, Freiheit und Wohlstand brachte, als „Mief und Muff der Adenauer-Ära“ heruntermachen, die selbst nichts, aber auch überhaupt nichts, vom Krieg und der Nachkriegszeit erlebt haben, allenfalls vom Hörensagen, die im Übrigen aber zu den größten Nutznießern und Profiteuren der Adenauer-Zeit gehören und sich heute als glamouröse Schickeriakumpane mit ebenso hohlen wie abschätzigen Bemerkungen hervortun, die zum Elixier ihres dümmlichen Auftretens gehören.

Natürlich weiß man im Nachhinein, was zuvor besser oder anders hätte gemacht werden können, auch in der Adenauer-Zeit, das bestreitet doch kein vernünftiger Mensch. Aber es gibt nun einmal keine Welt, in der alles fertig gerichtet ist und auch jemals gerichtet sein könnte.

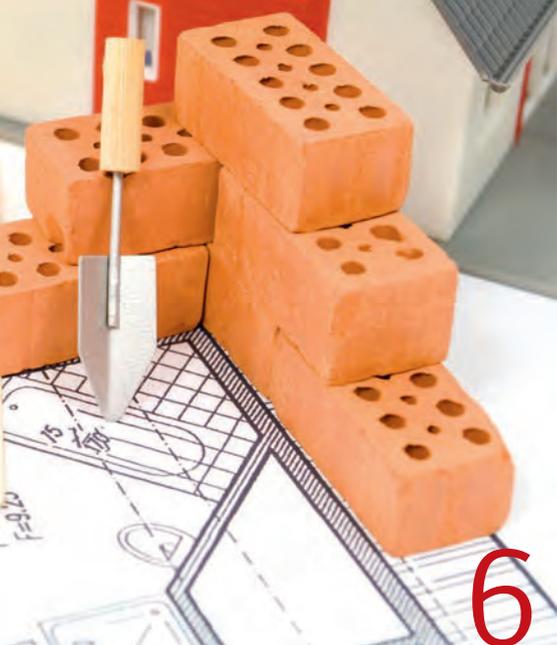
Die Älteren von heute waren es jedenfalls, und darauf sind sie stolz, die den Erfolg Europas mitertritten und dafür viele Opfer gebracht haben. Sie haben Adenauer und der Union die Stange gehalten und die Vision von der Einheit Europas mit Leben erfüllt. Es freut sie, und sie fühlen sich bestätigt, wenn der Papst bei der Karlspreisverleihung eindringlich darauf verweist, „... der Kontinent muss sich an seine ursprünglichen Ideale erinnern...“ und „... die Pläne der Gründerväter, jener Herolde des Friedens und Propheten der Zukunft, sind weiter nicht überholt ...“ Die obskuren Sendboten einer „nationalistischen Neubewegung“, die eines der großartigsten Projekte der Weltgeschichte mit nationalistischen Heilslehren vergiften und in einer Sackgasse internationaler Konflikte verkommen lassen wollen, würden bei einem Erfolg ihrer Vorstellungen unübersehbare Gefahren für die politische und ökonomische Stabilität Europas heraufbeschwören, seine Wirtschaft lähmen und damit jede soziale Sicherheit aus den Angeln heben. Europa braucht keinen Nationalismus, sondern mehr Selbstvertrauen und Mut. Es braucht keine neuen Mauern, sondern mehr Brücken. Seine Gegner leben von Problemen, an ihren Lösungen haben sie kein Interesse. Jede neue Grenze schafft internationale Gefahren. Europas Geschichte bietet den besten Beweis.

Deutscher Patriot kann sich nur nennen, wer sein Vaterland liebt und Europa fördert und die mit seiner Kultur unzertrennlich verbundene Aufklärung mit allen Mitteln verteidigt, deren Werteordnung ihn zur Solidarität mit den Menschen anderer Nationen verpflichtet und universale Offenheit von ihm verlangt. Solche Werte haben kein Verfallsdatum, es sei denn, sie verkommen im Nationalismus, wo Vielfalt und Einheit Gegensätze sind.

Es liegt an uns, ob wir die Kraft haben, neue Grenzen auf unserem Kontinent zu verhindern, die Europa spalten und vor allem Deutschland einer ebenso ungewissen wie gefährlichen Zukunft ausliefern würden. Die Union in der Tradition einer als Europapartei verantwortlichen Volkspartei wird sich allen Nationalisten mit Härte, Mut und Optimismus entgegenstellen. Pflaumenweich wird sie mit ihren Gegnern nicht reden. Die kommenden Wahlkämpfe werden den Beweis erbringen. Warum tut sich Europa selbst so schwer, wenn Millionen und Abermillionen von Menschen auf der Welt, die unter Diktatoren und marodierenden Banden um ihr Leben und ihr Gut fürchten, unseren Kontinent immer noch als den sichersten Anker für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde betrachten?

Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über perso-
nalisierten Posteinzelvertrieb an
Senioren-Union-Mitglieder und an
CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Michael Brand MdB, Alfons Gerling,
Beate Henes-Karnahl, PD Dr. Stefan
Luft, Dr. Joseph Lütke Entrup,
Prof. Dr. Klaus O. Rompe,
Prof. Dr. Klaus Schroeder,
Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:
BMVg, Wikipedia/Siebbi, Ulrich
Winz, fotolia, 123rf

Titelfoto: fotolia

6 Nicht alte Fehler wiederholen

Ein Gespräch mit dem Architektur-
verleger Daniel Fuhrhop über die
Sinnhaftigkeit neuer Wohnungsbau-
programme

10 Zauberwort für

Selbstständigkeit im Alter

Bericht über ein Hamburger
Pilotprojekt mit altersgerechten
Assistenzsystemen

12 Wie groß ist die Gefahr wirklich?

Ältere Menschen im Straßenverkehr
– Risikofaktor auf vier Rädern?

16 „Wir schieben einen deutlichen Modernisierungstau vor uns her“

Souverän sprach mit Bundesverteidi-
gungsministerin Ursula von der
Leyen über den Ausrüstungsstand
der Bundeswehr und die Perspekti-
ven für die Streitkräfte in den
nächsten Jahren

20 Der unterschätzte Linksextremismus

Prof. Dr. Klaus Schroeder,
Politikwissenschaftler an der
FU Berlin, über das Gewaltpotenzial
im linken Lager

22 Die Flüchtlingskrise und was wir daraus lernen können

Warum echte Lösungen in der
Flüchtlingskrise immer noch „in
Arbeit“ sind, beschreibt der Bremer
Integrationsforscher Dr. Stefan Luft

24 Afrika – quo vadis?

Fluchtursachen an den Wurzeln
bekämpfen? Dr. Joseph Lütke Entrup
beschreibt die Implikationen dieser
Problematik am Beispiel des
Schwarzen Kontinents

28 „Wir müssen jetzt vom Krisen- modus umstellen auf Strategie“

Ein Interview mit Christian
Böllhoff von der Basler prognos
AG über Demografie und
Migration

30 „Ehrliche und authentische Kommunikation“

Gibt es wirklichen Schutz gegen
Terror? Ein Gespräch mit Professor
Dietmar Heubrock, Direktor des
Instituts für Rechtspsychologie
der Universität Bremen.

32 Werden die Gesundheitskosten explodieren?

Der demografische Wandel – eine
Zeitbombe für die Gesundheits-
kosten? – Ein Interview mit
Prof. Dr. Axel Börsch-Supan
von der Universität Mannheim

34 Aus der Senioren-Union

37 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)

38 Leserbrief

39 Buchtipps



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

Schön.

Aber ein Stück Heimat fehlt.

Retten Sie Geschichte. Spenden Sie Zukunft.

www.denkmalschutz.de



Was wären unsere Städte und Dörfer ohne historische Gebäude? Ohne Bauwerke, die Geschichten erzählen, die typischen Eigenheiten einer Region verkörpern oder Wahrzeichen eines Ortes sind? Historische Bauwerke machen unsere Städte und Dörfer einmalig und unverwechselbar. Deshalb setzt sich die Deutsche Stiftung Denkmalschutz für den Erhalt einzigartiger Denkmale ein. Mit Ihrer Hilfe. www.denkmalschutz.de



Spendenkonto

Commerzbank AG
BIC: COBA DE FF XXX
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

Nicht alte Fehler wiederholen

Der Wohnungsbedarf in deutschen Großstädten ist derzeit weit größer als das Angebot. Doch helfen großaufgelegte Wohnungsbauprogramme? Ein Gespräch mit Architekturverleger und Buchautor Daniel Fuhrhop



Daniel Fuhrhop räumt schonungslos mit Mythen auf: Passivhäuser sind eben nicht ökologisch und der Neubau von Wohnungen ist alles andere als sozial. Zudem liefert er innovative und mutige Ideen, um Altbauten zu erhalten, Leerstand zu beseitigen und unsere Städte neu zu beleben. Fuhrhop kennt die Baubranche aus dem Effeff. Lange Jahre führte er den Stadtwandel Verlag, präsentierte

in seinen Publikationen einen schillernden Neubau nach dem anderen. Doch irgendwann gewann die Skepsis die Oberhand: Noch als Verleger begann Fuhrhop nach einem sinnvollen „Stadtwandel in Zeiten

des Klimawandels“ zu suchen, startete eine gleichnamige Publikations- und Veranstaltungsreihe – ehe er 2013 dem Verlagswesen den Rücken kehrte und den Blog „Verbietet das Bauen!“ ins Leben rief.

Daniel Fuhrhop, *Verbietet das Bauen! Eine Streitschrift*, oekom verlag, 2015, 192 S., ISBN 978-3-86581-733-4, 17,95 EUR

Souverän: Herr Fuhrhop, im Zuge der Flüchtlingskrise strebt die Politik milliardenschwere Wohnungsneubauprogramme an wie einst in den 60-er oder 70-er Jahren. Wenn wir uns den heutigen Zustand solcher Siedlungen ansehen, muss man dann nicht von einem Irrweg sprechen?

Fuhrhop: Milliarden in Neubau zu stecken ist zwar ein Irrweg, aber nicht unbedingt wegen des heutigen Zustands der Großsiedlungen in Deutschland: Wir haben es mit viel Mühe und Geld geschafft, dass unsere Siedlungen nicht aussehen wie die Vororte von Paris, und stattdessen durch Modernisierung und soziale Begleitprogramme dafür gesorgt, dass die meisten Großsiedlungen hierzulande in annehmbarem Zustand sind. Dass es trotzdem hier und da Probleme gibt, beweist allerdings, wie aufwändig es ist, aus reinen Wohnsiedlungen lebendige Stadtviertel zu schaffen. Wenn jetzt ähnliche Baukomplexe nur für Flüchtlinge entstehen sollen, dann ist das gefährlich, weil Integration kaum gelingt, wenn vierhundert oder sogar viertausend Zuwanderer eng beieinander wohnen.

Wie sieht stattdessen guter Neubau für Flüchtlinge aus?

Flüchtlinge brauchen keinen Neubau, sondern Wohnungen, und die finden sie am besten in Altbauten. Wenn wir sie in die Gesellschaft integrieren wollen, dann sollten wir sie auch „in die Gebäude integrieren“, also in unseren vorhandenen Häusern unterbringen. Was könnte besser beim Deutschlernen helfen, als täglich mit Deutschsprachigen zusammenzutreffen! Und was könnte besser beim Ankommen helfen, bei ersten Schritten in Ausbildung und Beruf, als gleich nebenan Rat und Hilfe zu finden bei Einheimischen.

Aber auch unabhängig von Flüchtlingen ist Neubau nicht „gut“, sondern nur „mehr oder weniger schlecht“, denn neu bauen schadet mehrfach:

→ Bauen ist teuer, sodass Neubauwohnungen immer teurer sind als die meisten Altbauten. Darum ist Neubau entgegen verbreiteten Mythen nicht sozial, sondern eher unsozial; Neubau treibt die



UNSER TIPP FÜR SIE!

Ratgeber zum Thema
Pflege, Erben
und Vererben.



Broschiert, 110 Seiten
€ 14,95



Broschiert, 180 Seiten
€ 14,95



Broschiert, 160 Seiten
€ 14,95



Broschiert, ca. 160 Seiten
€ 14,95



Broschiert, 132 Seiten
€ 14,95

So bestellen Sie:

per Telefon: 0800.3070800 (gebührenfrei)

per E-Mail: info@steuertipps.de

im Internet: Steuertipps.de/Souveraen

Bitte bei der Bestellung den Vorteilscode 55495-002 angeben!

Versandkostenfrei!

Preise auch bei benachbarten Altbauten nach oben.

→ Bauen schadet ökologisch, denn unsere Städte werden zersiedelt und unsere Landschaft versiegelt. In einer ganzheitlichen Ökobilanz schneidet Sanierung von Altbauten meist besser ab, weil es nichts zubaut und weil die „graue Energie“ gerettet wird, die in den alten Mauern steckt.

→ Bauen zerstört lebendige Städte, denn durch immer neue Wohnsiedlungen, Gewerbegebiete und Shopping-Center ziehen wir das Geld und das Leben aus unseren Städten hinaus. Verödete Dörfer und Kleinstädte sowie leere Erdgeschosse in Stadtvierteln zeugen von dem Schaden, den Neubau ausübt.

Zu allem Übel geben viele Neubauten heutzutage auch sonst kein gutes Bild ab: mit monotoner Architektur, ohne Gefühl für die Nachbarschaft; halb im Scherz sage ich manchmal, dass der Neubau von heute die beste Werbung macht für meine Streitschrift „Verbietet das Bauen!“.

In Deutschland gibt es auch einen nicht unerheblichen Wohnungsleer-

stand. Sollte man nicht sinnvollerweise erst einmal diese „Reserve“ erschließen?

Etwas 1,8 Millionen Wohnungen, die rechtlich Platz für dreieinhalb Millionen Menschen bieten, stehen laut Zensus 2011 leer. Zwar sagt mancher, dass darunter auch halbe Ruinen seien, aber selbst wenn man einige hunderttausend maroder Häuser wegrechnet, bleiben immer noch weit über eine Million leerstehende Wohnungen. Am Beispiel der Niederlande zeige ich, dass es erfolgversprechende Strategien gibt, diesen Leerstand zu mindern. Allerdings müssten wir dann womöglich, ähnlich wie unsere Nachbarländer, unsere Rechtsgüter neu abwägen: So schön es ist, dass der Wert des Eigentums in Deutschland hoch geschätzt wird, so unangemessen scheint es zuweilen, dass jeder mit seinem Eigentum alles machen darf, also auch Häuser verfallen lassen, obwohl Menschen dringend Wohnungen suchen. Freilich stehen die Wohnungen nicht immer dort leer, wo sie gebraucht werden. Darum verweise ich auf Instrumente, Umzüge zu fördern. Es soll niemand gezwungen werden, aber warum sollten wir es nicht durch

Prämien belohnen, wenn jemand aus einer Boomgegend in eine schrumpfende Stadt zieht? Und wäre es nicht sinnvoll, auch diejenigen zu unterstützen, die von einer größeren in eine kleinere Wohnung ziehen möchten?

Auch bezüglich der Flüchtlinge sollten wir den Wohnungsleerstand berücksichtigen, indem durch eine andere Verteilung und eine Wohnsitzauflage mehr dorthin kommen, wo Platz ist. Zwar sollte es Ausnahmen geben für alle, die woanders eine Arbeit gefunden haben, aber ansonsten macht es Sinn, leere Wohnungen auch für Flüchtlinge zu nutzen.

Zur Reserve könnte auch das Thema Untervermietung gehören. Sprechen wir dabei denn von einer relevanten Größenordnung?

Über sechs Millionen Menschen in Deutschland wohnen allein in vier oder mehr Räumen; davon bewohnen sechshunderttausend Menschen sieben oder mehr Räume allein. Und weitere sechs Millionen Personen wohnen zu zweit in sechs oder mehr Räumen. Aufgrund solcher Zahlen schlage ich verschiedene We-

ge vor, die leeren Räume in zu groß gewordenen Häusern zu nutzen.

Einer davon ist die Initiative „Wohnen für Hilfe“: Ältere Menschen vermieten ein oder zwei Zimmer an Auszubildende oder Studierende, die aber nicht die volle Miete zahlen, sondern einige Stunden im Haushalt helfen. Zum Beispiel kaufen sie ein und machen kleine Besorgungen. Solche Modelle gibt es bereits seit Jahrzehnten, meist durch Studentenwerke vermittelt, manchmal durch die Kommunen. Es gibt „Wohnen für Hilfe“ in etwa dreißig Orten, aber wir haben allein vierhundert Hochschulen in Deutschland. Lasst uns das Modell mit Hilfe von Land und Bund in jede Stadt bringen!

Gelten Ihre Schlussfolgerungen und Forderungen nicht auch für Seniorenwohnungen bzw. barrierefreies oder zumindest barrierearmes Wohnen?

Freilich ist es aufwändig, einen Altbau barrierefrei umzubauen, wobei das auch im Neubau nicht ohne weiteres geht. Aber in den meisten Fällen brauchen wir lediglich barrierearme Wohnungen, und oft helfen schon ein zweiter Handlauf im Treppenhaus und eine niedrigere Schwelle. Das Buch schildert ein Beispiel aus Bremerhaven, wo die städtische Wohnungsgesellschaft schlichte Häuser der Nachkriegszeit umbaute: Dabei hat sie zum Beispiel einen Aufzug nachträglich angebaut, und um Kosten zu sparen, hat sie vom Aufzug aus mit einem Laubengang jeweils drei Wohnungen erschlossen. Wie nebenbei entstand eine Art zweites Wohnzimmer, in dem die meist älteren Bewohner sich nun gern begegnen. Dieser Umbau war anfangs umstritten, weil mancher in der Wohnungsgesellschaft die Häuser abreißen wollte. Der leitende Architekt setzte sich aber mit der Sanierung durch und erstellte nachher eine Öko- und eine Kostenbilanz des Umbaus. Das Ergebnis: Im Vergleich zu Abriss und Neubau war die Sanierung ökologisch günstiger, und die Kosten lagen fünfzig Prozent niedriger.

Solche Beispiele zeigen, dass wir in vielen Fällen Wohnen im Alter in unseren vorhandenen Häusern schaffen können, sogar in den vermeintlich schlechtgebauten Nachkriegshäusern. Wir sollten diesen alten Gebäuden mehr Respekt erweisen.

Sehen Sie noch Chancen für die skizzierte nachhaltige Wohnungspolitik, wo doch selbst in Bundesländern

mit grüner Regierungsbeteiligung die Präferenz auf neuen Bauprogrammen liegt?

Meine Hoffnung ruht auf vernünftigen Menschen in allen Parteien, denn es ist weder links noch rechts, unsere alten Häuser und Städte besser zu nutzen und sich deswegen vom Dogma des Neubaus abzuwenden, sondern es ist eine Frage der Vernunft: Konservativ ist es, unsere Häuser und Städte zu bewahren, sozial ist, teuren Neubau abzulehnen, ökologisch, energieintensiven Neubau zu meiden, und liberal, die Freiheit auch für Wenigverdiener und kommende Generationen zu erhalten. In allen Parteien sollten wir mit den Mythen aufräumen, die von den angeblich seligmachenden Wirkungen des Neubaus kursieren. Es liegt an uns, politisch zu handeln und zugleich privat umzudenken.



Das Potenzial der Dächer

Auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sucht nach neuen Wegen der Wohnraumbeschaffung. Weil es zu wenig innerstädtische Bauflächen gibt, haben die Kölner Forscher die Dächer unter die Lupe genommen. Fazit: Da geht noch was. Sie haben herausgefunden, dass in Deutschland auf rund 580.000 Mehrfamilienhäusern in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten sinnvoll in ein oder zwei Etagen neue Dachgeschosswohnungen gesetzt werden könnten. Bei einer Aufstockung um durchschnittlich 1,3 Stockwerke ergibt sich so ein Potenzial von 1,1 Millionen neuen Wohnungen mit insgesamt 84 Millionen Quadratmetern Wohnfläche.

(Quelle: iwD-Dienst 18/2016)

Dabei gilt es, sich gegen die Lobbyisten des Neubaus durchzusetzen. Diese verbreiten ständig neue „Studien“, die mit zweifelhaften Schätzungen und Annahmen zu dem Schluss kommen, es gebe einen hohen „Bedarf“ an Neubau. Dabei wird immer davon ausgegangen, dass wir zukünftig auf noch mehr Quadratmetern pro Person wohnen werden, als sei das ein Naturgesetz. Obwohl die Einwohnerzahl Deutschlands über die letzten zwanzig Jahre hinweg nahezu konstant blieb, haben wir im selben Zeitraum etwa sechs Millionen zusätzliche Wohnungen gebaut! Es ist also absurd, nun darüber hinaus für die Zukunft von einem jährlichen Bedarf von 400.000 Wohnungen oder mehr zu sprechen. Stattdessen ist es an der Zeit, umzudenken und uns auf das zu besinnen, was wir bereits haben – unsere Häuser und Städte.

Gibt es aus Ihrer Sicht „best-practice-Beispiele“, die Pate stehen könnten für eine aktuell notwendige Wohnungspolitik?

Das Buch „Verbietet das Bauen!“ enthält seinem provokativen Titel zum Trotz sehr konstruktive Beispiele, wie wir unsere Wohnungen und Häuser anders und besser nutzen können. Zusammengefasst sind sie in den „50 Werkzeugen, die Neubau überflüssig machen“. Sie entfalten ein Programm des Umbaus, der Umnutzung und der Umzüge für Deutschland, beschreiben Mittel gegen die regionale Ungleichheit und schildern neue Flächen sparende Wohnformen. Beispiel: modernisieren und sanieren. Informieren wir Eigentümer umfassend über Fördergelder, dann sanieren sie erheblich mehr. In der InnovationCity Bottrop etwa stieg die Sanierungsquote von einem auf drei Prozent. Es handelt sich dabei um den südlichen Teil von Bottrop, in dem etwa 60.000 Menschen leben. Diese Gegend soll im Laufe von zehn Jahren vorbildlich umgebaut werden. Man verteilt dabei keine Fördermilliarden, sondern berät vor allem die Eigentümer darüber, welche Möglichkeiten es bereits gibt. Und so kam es zu der erfreulichen Zwischenbilanz nach fünf Jahren: einer Verdreifachung der Sanierungsquote.

Oder das Beispiel „Kauf leerer Häuser fördern“: Hier sollten wir Zuschüsse für Gutachten und Umzug in alte Häuser ermöglichen. So geschehen im Rahmen von „Jung kauft Alt“ in Hiddenhausen. Nach dessen Vorbild gibt es das Programm bereits in fünfzig Orten! ■



Werbeverbot
für legale Produkte?
Geht's noch?

Die Politik reguliert in hohem Maße durch Gesetze und Verbote. Nicht nur die Tabakindustrie, sondern auch die Verbraucher selbst. Dabei geht es um legale Produkte in der „freien“ Marktwirtschaft. Keine Anzeigen, TV-Spots oder Onlinewerbung; Plakate sowie Konsumenteninformationen strengstens reglementiert – all das ist längst befohlen und befolgt. Nun das totale Kommunikationsverbot. Der Vater unserer Marktwirtschaft würde vielleicht sagen: „So schadet man der Wirtschaft, gefährdet Arbeitsplätze und nimmt den mündigen Bürgern die Freiheit, sich zu entscheiden und zu informieren.“
www.zigarettenverband.de

DZV 
DEUTSCHER ZIGARETTENVERBAND

AAL-Wohnungen:

Zauberwort für Selbstständigkeit im Alter



Der große Traum der Menschheit heißt lange leben, ohne alt zu werden. Aktuell erfüllbar ist ein kleiner Traum: lange leben und würdevoll altern, ohne das vertraute Zuhause gegen ein unbekanntes Zimmer im Irgendwo tauschen zu müssen. Dank digitaler Technik kein Wunschtraum mehr. Vorausgesetzt, die Senioren ziehen mit und freuen sich mit moderner Technik an.

Seniorenfreundliche Wohnungen sind ein Gebot der Stunde. Mit Blick auf die Demografie heißt die entscheidende Frage nicht, ob, sondern wann seniorenadäquate Wohnungen angeboten werden. Die Senioren in spe – also wir alle – wiederum sind gefordert, uns rechtzeitig damit auseinanderzusetzen, in welcher Art Zuhause wir bis zu unserem Lebensende am liebsten bleiben möchten: abhängig in einem Seniorenheim oder selbstbestimmt in einer Wohnung, in der viele Alltagsfunktionen technikerunterstützt werden: Für die Mieter mit den weißen Haaren werden nämlich mehr und mehr seniorengeeignete Assistenzsysteme entwickelt (siehe Kasten rechts unten).

Das Hamburger Pilotprojekt „Vernetztes Wohnen“

Vorausschauend auf das, was demografisch kommen wird, hat Hamburg das Pilotprojekt „Vernetztes Wohnen im Quartier – zukunftsfähige Versorgung älterer Menschen“ aufgelegt. Koordiniert wurde dieses Projekt von der Gesundheitswirtschaft

Hamburg, die wissenschaftliche Begleitung lag bei der Universität Hamburg, Fachbereich Informatik. Die Aufgabe lautete, eine modulare Referenzarchitektur zu entwickeln, zu erproben und anzuwenden „für ein mitwachsendes, effizientes, quartierbezogenes und übertragbares Produkt-Dienstleistungssystem“, erklärt Dr. Bernd Hillebrandt, Geschäftsführer der Gesundheitswirtschaft Hamburg. Ziel des Projektes ist, „die Selbstbestimmung älterer Menschen zu fördern und ihren Verbleib im eigenen Wohnumfeld so lange wie möglich sicherzustellen“.

Musterwohnung zum Probewohnen

Das Ergebnis ist bestechend: Ausgestattet mit AAL-Systemen wurden ein Musterzimmer in einem bestehenden Pflegeheim und eine Musterwohnung – ebenfalls in einer Bestandsimmobilie. Das Musterzimmer wird von einem Dauermieter bewohnt, der zeitweise von einem Rollstuhl abhängig ist. An diesem Beispiel wird gezeigt, welche Technik einfach nachgerüstet werden kann.

Die Zwei-Zimmer-Musterwohnung wurde in einem bestehenden Gebäude komplett saniert und umfassend nach den Anforderungen von Senioren ausgerüstet. Diese Musterwohnung wird von den beteiligten Projektpartnern als Innovationslabor angesehen. Ausgestattet mit dem, was aktuell technisch möglich und bereits marktgängig ist, wurde diese Wohnung jedoch nicht nur für die Zielgruppe „Menschen mit einer chronischen Erkrankung oder Behinderung ohne diagnostizierte Demenz, sondern auch für interessierte, gesunde Menschen“, verdeutlicht Jan Parchmann von der Universität Hamburg und ergänzt: „Es ist wichtig, dass die Technik nicht stigmatisiert.“

Insgesamt haben 25 Frauen und Männer in dieser Wohnung probegewohnt und die Assistenzsysteme getestet. „Mit überwiegend großer Zustimmung für die digitale Technik“, so Jan Parchmann. Das Alter der

Auf einen Blick

„Smart Home“ plus AAL

Die unterschiedlichsten Geräte in einem Haushalt können miteinander vernetzt werden, damit die Wohnung „smart“ wird. Für einen Seniorenhaushalt bietet sich ein Vernetzen von Haustechnik, elektrischen Haushaltsgeräten, Unterhaltungs- und Kommunikationsgeräten an. Bei der Haustechnik gehören Heizung, Klima, Lüftung, Licht, Türkommunikation und Alarmanlagen dazu, aber auch Bewegungsmelder, Brandmelder oder das Steuern von Rollläden oder Gardinen. Die großen wie die kleinen elektrischen Haushaltsgeräte – ob Herd, Kühlschrank oder Kaffeemaschine – sollten ebenfalls in die komplette Vernetzung einbezogen werden; zumindest aber die Steckdosen, in denen diese Geräte stecken. Nur dann kann die Abschaltautomatik beim Verlassen der Wohnung umfassend greifen. Die Telefonie, TV oder Computer gehören in den Bereich vernetzte Unterhaltungs- und Kommunikationstechnik. Hierin eingebunden sind medizinische Geräte wie eine intelligente Medikamentenbox, Thermometer, Waagen, Pulsmesser oder EKG-Geräte. Quelle: Abschlussbericht „Vernetztes Wohnen im Quartier“

Altersgerechte Assistenzsysteme

AAL ist gleich AAS

AAL ist die Kurzform für Ambient Assisted Living oder Altersgerechte Assistenzsysteme, kurz AAS. Diese Systeme stehen für eine intelligente Wohnumgebung, die im Idealfall das selbstbestimmte Wohnen auch dann ermöglicht, wenn die körperlichen – teils auch die geistigen – Fähigkeiten eingeschränkt sind. Besser leben durch Technik und länger selbstständig leben durch diese Technik, das ist das Ziel. Basis dieser AAL- oder AAS-Systeme ist die digitale Technik, die smarte Technik.

Testbewohner reichte von 50 Jahren bis zu 83 Jahren. Lediglich eine Probandin ist mit der Technik in der Wohnung gar nicht zu recht gekommen.

„Smarte Techniken erleichtern den Alltag“

„Smarte“ Wohnungen (siehe Kasten S. 10) können für viele Senioren ein Garant für ein gerüttelt Maß an Unabhängigkeit werden. Smart sind Häuser und Wohnungen dann, wenn die Bewohner dank einer intelligenten Technik im alltäglichen Wohnen unterstützt werden. Diese Smart-Home-Techniken sind untereinander sowohl vernetzt als auch fernsteuerbar, sind nachhaltig und energieeffizient. Sprich: Viele Fliegen werden mit einer Klappe geschlagen. Weiterer Vorteil ist: Die Woh-

nung kann sich peu à peu den Bedürfnissen der Bewohner anpassen.

Ganz grundsätzlich können smarte Techniken das Wohnen als solches automatisieren: Fenster öffnen und schließen ferngesteuert, Rollläden wie Gardinen gehen hinauf und herunter oder auf und zu – wie von einer unsichtbaren Zauberhand bedient; Zimmer werden hell, werden sie betreten, und werden dunkel, wenn der Raum verlassen wird. Ein intelligenter Fußboden erkennt Stürze und ruft Hilfe herbei. Im Badezimmer lässt sich das Waschbecken quasi auf Fingerschnipsen in der Höhe verstellen, im Schlafzimmer sorgt ein Bett 4.0 dafür, dass das Aufstehen leicht gemacht wird, und die Oberschränke in der Küche können abgesenkt werden. Und



Da braucht es nur ein wenig Fingerspitzengefühl, um den Bildschirm (Touchscreen) zu bedienen.

Hamburg: Das Pilotprojekt für Senioren

Besichtigung erwünscht

Interessierte Seniorengruppen, Wohnungsbauunternehmen, Vertreter von Kommunen und andere können die Musterwohnung besichtigen. Die Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH bittet darum, den Kontakt über die Projekt-Webseite www.vernetztes-wohnen-hh.de zu knüpfen.

vieles andere mehr. Alles Science-Fiction? Mitnichten! Das Hamburger Pilotprojekt hat alles in praxi erprobt.

Nicht nur das Wohnen an sich, auch die Sicherheit in der Wohnung und für den Bewohner kann automatisiert werden: Die Technik kann so konfiguriert werden, dass beim Verlassen der Wohnung alle Hausgeräte automatisch abgeschaltet werden. Die Befürchtung, dass das Glaskeramikfeld nicht abgeschaltet worden ist, kann also ad acta gelegt werden. Die smarte Technik hat selbstverständlich auch eine Schlüsselerinnerung parat. Und die Fenster schließen sich spätestens dann, wenn das Türschloss von außen zugeschlossen wird. Alles eine Frage der Konfiguration. Und selbstverständlich kann die Komfort-Wohnung 4.0 mit einem Präsenzmelder ausgestattet werden.

Lieferklappe als besonderes Merkmal

Das Smart Home für Senioren kann zudem einen Dienstleistungskomfort bieten, der erst dank der digitalen Technik überhaupt denkbar und realisierbar geworden ist: Beispielsweise können die Seniorenwohnungen mit Dienstleistern, etwa dem Lebensmittellieferanten, dem Mahlzeitservice oder dem Reinigungsservice, vernetzt werden. Diese Dienstleistungen können via Home-Server angefordert werden. Der besondere Clou in der Musterwohnung ist eine Lieferklappe neben der Eingangstür, die von innen wie von außen bestückt werden kann. Natürlich nicht von jedem. Der Lieferant, der erwartet wird, erhält einmalig einen Code. Ohne diesen bleibt die Klappe zu. In der Wohnung selbst erinnert ein optisches Signal den Bewohner, dass in der Klappe etwas wartet. Themen wie Einkaufen, Mahlzeiten, Reinigung oder Wäschepflege werden plötzlich wieder recht einfach: Sie können an Serviceunternehmen übertragen werden – sogar, ohne die eigene Wohnung verlassen zu müssen.

Kommunikation, Unterhaltung und Medizin sind smart vernetzt

Selbstverständlich umfasst die smarte Technik auch die Bereiche, aus denen sie den meisten Menschen längst vertraut ist: nämlich die Kommunikation und die Unterhaltung.

Noch in den Kinderschuhen steckt die Tele-Medizin, aber IT-Experten und Gesundheitsexperten arbeiten intensiv daran, auch den Gesundheitsstatus von Menschen aus der Ferne zu checken. Schon heute können Bioparameter wie Blutdruck oder Blutzucker zuverlässig überwacht werden, auch das Erinnern an die Medikamenteneinnahme gehört zum Standard.

AAL-Systeme sichern Selbstbestimmtheit

Das Hamburger Projekt „Vernetztes Wohnen im Quartier“ demonstriert anschaulich und überzeugend, wie auch gebrechliche Menschen ihre Selbstbestimmtheit behalten können. Smart Home mit Assistenzsystemen könnte bald ein Zauberwort der jungen Alten werden, die auf der Suche nach einem neuen Zuhause sind, in dem sie selbstbestimmt leben können – möglichst lange. Aktuell startet ein Folgeprojekt, das die breiten Möglichkeiten der Nachbarschaftshilfe unter die Lupe nehmen will.

Beate Henes-Karnahl



Senioren am Steuer:

Wie groß ist die Gefahr wirklich?

Nach Unfällen mit Beteiligung älterer Menschen entflammt immer wieder die Diskussion um Altersbegrenzungen fürs Autofahren oder regelmäßige Eignungs- oder Fitnesstests. Ein überflüssiger Disput?

Für das Jahr 2030 wird prognostiziert, dass 35 % aller Führerscheinbesitzer Senioren/innen 65+ sind. Sie werden also maßgeblich die zukünftige Verkehrssicherheit beeinflussen. Die Auto-Mobilität der Senioren/innen trägt dazu bei, ihre „Beweglichkeit“ und damit ihre Lebensqualität zu erhalten und die mit hohen Kosten verbundene Hilfebedürftigkeit möglichst lange zu vermeiden. Befähigen statt Aussondern muss deshalb höchste Priorität haben.

Will man das Unfallrisiko verschiedener Altersgruppen vergleichen, sind einheitliche Bezugsgrößen nötig, wie die jährliche Fahrleistung in Kilometern, die Bevölkerungszahl oder die Anzahl der Führerscheinbesitzer. Fahrleistungen sind weniger geeignet, weil die Pkw-Nutzung mit zunehmendem Alter stark abnimmt. Ihre Verwendung würde dazu führen, dass ein Senior mit 1000 km pro Jahr und einem Unfall ein höheres Risiko darstellt als ein Autofahrer mit 20.000 km pro Jahr und

zehn Unfällen. Auch der Anteil an der Bevölkerung eignet sich nicht als Bezugsgröße, weil die Zahl der Führerscheinbesitzer – mit dem Alter abnehmend – ungleich verteilt ist. Das beste verfügbare Maß für die aktive Verkehrsteilnahme ist derzeit der Führerscheinbesitz, wenngleich auch hier vorausgesetzt wird, dass der Anteil der Führerscheinbesitzer, die diesen auch nutzen, in allen Altersgruppen gleich ist (Rompe 2012, 2014).

Bild 1 (s. S. 14) zeigt die Zahl der Verursacher von Unfällen mit Verunglückten je Mio. Führerscheinbesitzer für die verschiedenen Altersgruppen. Daraus geht klar hervor, dass die Senioren/innen mit Führerschein jährlich weniger Unfälle verursachen als Personen jeder anderen Altersgruppe. Die Differenz zur Altersgruppe 25-65 Jahre beträgt mehr als 30 %. Diese Differenz verkleinert sich auch dann nur wenig, wenn man berücksichtigt, dass zwischen 10% und 20% der Führerscheinbesitzer im Alter von mindestens 75 Jahren diesen nicht mehr nutzen (Rudinger 2015).

Wesentlicher Grund für dieses positive Abschneiden der Senioren/innen sind einerseits die mit zunehmendem Alter abnehmenden jährlichen Fahrleistungen. Andererseits meiden sie risikoreiche Verkehrsbedingungen wie Zeiten mit hohem Verkehrsaufkommen oder ungünstige Witterungsbedingungen.

Gelegentlich wird dargestellt, dass bei Senioren/innen mit zunehmendem Alter die

Zahl der Unfälle bezogen auf die jährlich gefahrenen Kilometer deutlich ansteigen würde. Holte (2012) konnte jedoch für Deutschland zeigen, dass die Rate der verunglückten Kraftfahrer je zurückgelegtem Kilometer ab 75 Jahren nur einen sehr geringen Anstieg aufweist. Ein deutlicher Anstieg der Unfallrate ergibt sich nur dann, wenn die Getöteten – im Wesentlichen die Senioren/innen selbst – betrachtet werden. Vergleichbare Verhältnisse sind auch für Großbritannien (Mitchell 2013) und die Schweiz (Ewert 2013) publiziert.

Für den objektiven Vergleich des Unfallrisikos verschiedener Altersgruppen ist die Häufigkeit der Beteiligung an schweren Unfällen mit Getöteten je km ungeeignet, da das Risiko, bei einer bestimmten Kollisionsschwere selbst getötet zu werden, mit zunehmendem Alter der Senioren/innen, wegen ihrer höheren Verletzlichkeit bis zum Faktor 8 gegenüber Jüngeren ansteigt, wie Bild 2 für die Pkw-Fahrer deutlich macht.

Weiterhin wird häufig die Vermutung geäußert, dass die älteren Auto Fahrenden eine besondere Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer darstellen. Für die Kollisionspartner der Pkw fahrenden Senioren/innen ist das jedoch nicht der Fall, wie Bild 2 ebenfalls deutlich macht. Betrachtet man die Getöteten je Unfall mit Personenschaden über dem Alter des verursachenden Pkw-Fahrers, so sinkt dieser Wert – und damit das Risiko der Kollisionspartner – von den jüngeren zu den älteren Fahrern etwa auf

WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



Badespaß im Sandstrand-Thermalbad

Winzer-Heuriger

Wien erleben

Theater & Musicals

SCHLOSSHOTEL OTH ^{★★★★}

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900



Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

SOUVERÄN - Sonderpreis:

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

7 NÄCHTE

inkl. Frühstück
bis 11 Uhr

€398,-

Einzelzimmerzuschlag 100,-

**Gleich
Infos
anfordern!**

**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren
Hotelprospekt und weitere günstige Angebote!**
Einfach anrufen unter **Tel: 0043 / 2252 / 44 436**
oder per E-Mail an: **hotel@oth.info**



die Hälfte, was auf eine geringere Kollisionsgeschwindigkeit der Älteren hinweist. Dieses mit zunehmendem Alter des Pkw-Fahrers abnehmende Risiko für die Kollisionspartner gilt gleichermaßen für Männer und Frauen. Allerdings ist die Schwere der von Frauen verursachten Unfälle seit vielen Jahren grundsätzlich nur etwa halb so groß wie die der Männer. Frauen fahren offensichtlich bis ins hohe Alter vorsichtiger und vorausschauender als Männer (Rompe 2015).

Wenn die älteren Auto Fahrenden in der öffentlichen Wahrnehmung dennoch häufig als besondere Risikogruppe benannt werden, liegt dies einerseits daran, dass natürlich mit zunehmendem Alter Leistungseinbußen auftreten können. Andererseits wird als Bestätigung angesehen, dass die Rate der Hauptverschuldung bei einer Unfallbeteiligung mit zunehmendem Alter der Auto Fahrenden die hohen Werte der Fahranfänger wieder erreicht.

Der Anteil, mit dem Senioren/innen bei Beteiligung an Pkw-Unfällen mit Personenschaden als Hauptbeschuldigte erkannt werden, steigt im Alter von mindestens 75 Jahren auf Werte von etwa 75% (StBA 2015). Warum dieser Wert bei den Älteren seit vielen Jahren praktisch konstant ist, obwohl sich der Gesundheitszustand und die jährliche Fahrübung dieser Altersgruppe stetig verbessern, ist nicht eindeutig geklärt. Geringe jährliche Fahrübung kann eine wesentliche Ursache für Defizite beim sicheren Fahren sein (Langford et. al. 2006). Weiterhin beeinflusst auch das Verhalten der anderen Verkehrsteilnehmer und damit das Verkehrsumfeld die Rate der Hauptbeschuldigung Älterer. Allerdings ist der Prozentsatz, mit dem Senioren bei einer Unfallbeteiligung die Hauptschuld tragen, kein Maß für die Anzahl von Unfällen, die von Senioren verursacht werden. Wie oben gesagt, verursachen Auto fahrende Senioren tatsächlich jährlich weniger Unfälle als Personen jeder anderen Altersgruppe.

Dennoch ist es wichtig, die Auswirkungen

des demografischen Wandels genau zu beobachten. In der Gesamtbevölkerung ist die Zahl der Getöteten im Straßenverkehr im Jahrzehnt von 2006 – 2015 um 32 % gesunken. Bei der Altersgruppe 65+ sank sie nur um 11 % (StBA 2015). 30 % der

den, verlangsamt fortsetzen. Allerdings sind nur etwa 40 % der im Straßenverkehr getöteten Senioren/innen Autoinsassen, 50 % sind dagegen Fußgänger oder Radfahrer – etwa die Hälfte aller getöteten Fußgänger und Radfahrer sind Senioren/innen.

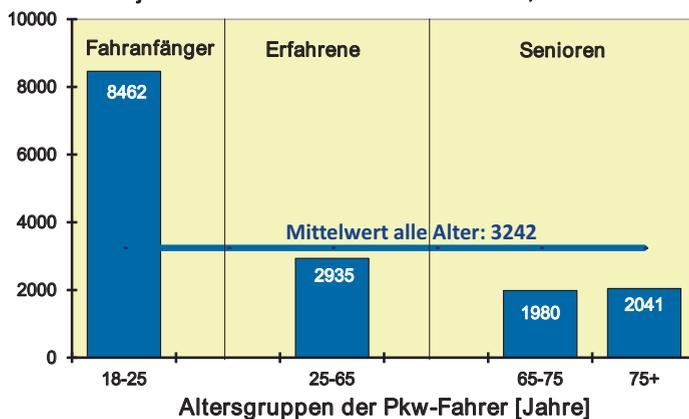
Welche Möglichkeiten haben wir, um auf diese Entwicklung zu reagieren?

Einen wesentlichen Beitrag zur sicheren



Senioren 65+ verursachen je Pkw-Fahrerlaubnis weniger Unfälle mit Personenschaden als Personen anderer Altersgruppen

Anzahl der Pkw-Fahrer als Hauptverursacher von Unfällen mit Personenschaden je 1 Mio Pkw-Fahrerlaubnis-Besitzer, Deutschland 2012



Eigene Berechnungen: StBA (2013): Unfallgeschehen 2012; Anteil Fahrerlaubnis abgeschätzt: MID2008 & MoP 2014/15

Bild 1

Verkehrstoten waren 2015 Senioren/innen bei einem Bevölkerungsanteil von 21 %. Eine Ursache für diese Unterschiede sind der wachsende Bevölkerungsanteil und der zusätzlich wachsende Führerschein-Anteil insbesondere der Seniorinnen. Eine andere Ursache ist wiederum das wesentlich höhere Risiko der Älteren, im Vergleich mit Jüngeren bei einer bestimmten Kollisionsschwere getötet zu werden, bedingt durch ihre höhere Verletzlichkeit. So waren nur 12% aller Verunglückten Senioren/innen. Diese Trends werden sich, trotz des geringeren Unfallrisikos des einzelnen älteren Auto Fahrenden

Auto-Mobilität im Alter können die Älteren selbst erbringen, in dem sie sich geistig und körperlich fit halten, mit dem Autofahren nicht aus der Übung kommen und, wenn möglich, einen Beifahrer mitnehmen. Beifahrer können nachweislich das Unfallrisiko senken, besonders im Innerortsbereich.

Notwendig ist es außerdem, die älteren Auto Fahrenden auf ihre Verantwortung hinzuweisen und darauf, dass sie sich über mögliche Defizite, ihre Auswirkungen und über Kompensationsmöglichkeiten gut und wiederholt informieren. Entsprechende Beratungsangebote bieten Hausärzte, Verkehrspsychologen, Verkehrssicherheitsorganisationen und Automobilclubs.

Auch die technische Ausstattung der Pkws mit geeigneten Fahrerassistenzsystemen wie automatischer Notbremse und Spurhalte- und Spurwechselassistentz, wie sie heute für nahezu alle Pkw-Modelle angeboten werden, trägt wirksam dazu bei, Unfälle zu vermeiden (Landesverkehrswacht NRW 2015). Ein folgenschwerer Unfall, wie die ungebremste Fahrt eines



Der Autor: **Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus O. Rompe** ist Mitglied der Senioren-Union Rösrath. Nach Maschinenbau-Studium, Promotion und Habilitation an der TU Hannover war er beim TÜV Rheinland, Köln, verantwortlich für den Bereich Verkehrssicherheit. Derzeit berät er verschiedene Organisationen zu Fragen der Verkehrssicherheit, Schwerpunktthema ist dabei die Sicherheit Auto fahrender Seniorinnen/en.

Seniors in eine Menschengruppe am 7. Mai 2016 in Bad Säckingen, wäre mit einem entsprechenden Notbremssystem wahrscheinlich nicht passiert. Immer wieder wird dann darauf hingewiesen, dass eine Reihe von Mitgliedstaaten der EU altersabhängige Pflichtprüfungen einsetzt, um ältere



Erhöhung der Verkehrssicherheit. Entsprechende Forderungen ignorieren den aktuellen Wissensstand.

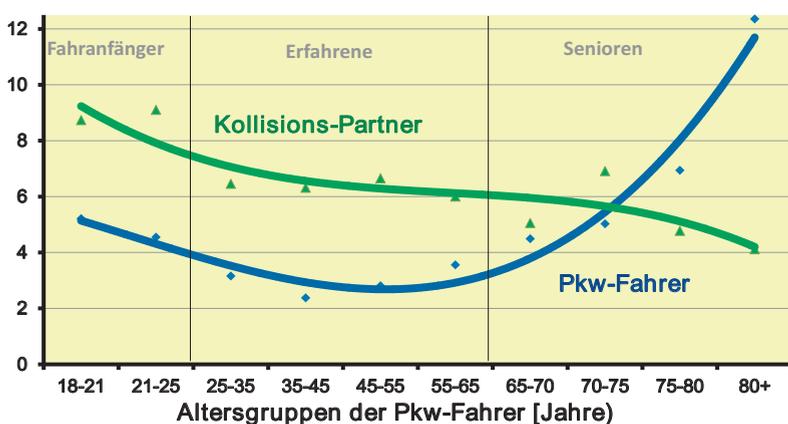
Vielversprechende Untersuchungen an der TU Dortmund zeigen dagegen, dass Beeinträchtigungen der Fahrkompetenz im Alter durch gezieltes Fahrtraining im realen Verkehr reduziert werden können. Die

sollte Anreiz für Senioren/innen genug sein, um an einem solchen Verfahren teilzunehmen, wenn dessen Nutzen allgemein anerkannt ist. Darüber hinaus könnte ein Sicherheitszertifikat den erfolgreichen Abschluss eines solchen Verfahrens bescheinigen und z.B. auch den Angehörigen, Behörden, Autoversicherern und anderen Sicherheit geben.

Ältere Auto Fahrende stellen also keine besondere Gefahr oder Risikogruppe dar, auch wenn dies in der öffentlichen Wahrnehmung oft anders dargestellt wird. Senioren/innen richten im Allgemeinen ihre Fahrweise verantwortungsbewusst nach ihren Fähigkeiten ein, sodass sie jährlich weniger Unfälle verursachen als Personen anderer Altersgruppen. Dennoch ist es notwendig, weiter nach Wegen zu suchen, die das Unfallrisiko insgesamt und damit auch für Senioren/innen weiter verringern. ■

Senioren 65+ als Pkw-Fahrer gefährden bei Unfällen sich selbst besonders stark und weniger stark die Kollisionspartner

Unfallschwere: Getötete je 1000 Unfälle mit Personenschaden und min. 2 Beteiligten, Hauptverursacher Pkw-Fahrer, Sachsen 2004 - 2013



Eigene Berechnungen nach EUSKA-Datenbank Sachsen 2004-2013

Bild 2

Fahrer mit Defiziten vom Verkehr fernzuhalten. In den letzten Jahren sind verschiedene Studien zum Vergleich der Länder mit und ohne solche Prüfungen in Auftrag gegeben worden, sowohl von der EU (CONSOL-Studie 2013), von verschiedenen Mitgliedstaaten der EU als auch vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) (Fastenmeier 2014). Diese Studien kommen zu dem Ergebnis, dass eine Verbesserung der Verkehrssicherheit durch altersabhängige Pflichtprüfungen wie Sehtest, medizinische Untersuchung, kognitive Untersuchung, Wissenstest oder formaler Prüf- und Erneuerungszyklus nicht vorhanden ist. Es wurden eher negative Effekte festgestellt. So führt der durch Testangst bestimmte freiwillige Verzicht oder der vorzeitige Entzug der Fahrerlaubnis zu einer vermehrten, gefährlicheren Verkehrsteilnahme zu Fuß oder mit dem Rad und damit insgesamt zu einer Verschlechterung der Verkehrssicherheit. Altersabhängige Pflichtprüfungen mit derzeit bekannten Methoden sind deshalb ungeeignet zur

detaillierten Untersuchungen von Poschadel et. al. (2012) machen dazu deutlich: „Auch wenn die Fahrkompetenz im Alter zwangsläufig nachlässt, ist es möglich, durch geeignetes Training (im realen Verkehr) die Fahrkompetenz über 70-jähriger Fahrer wieder zu erhöhen – und das bis auf einen Stand, der mit dem jüngerer Autofahrer (Durchschnittsalter 44 Jahre) vergleichbar ist.“ In zwei allgemeineren Untersuchungen in den USA und Kanada wird dieser Nutzen eines fahrpraktischen Trainings bestätigt. Es ist an der Zeit, diese Erkenntnisse mit einer größeren Zahl älterer Auto Fahrer abzusichern, um unter wissenschaftlicher Begleitung den bisher in kleinem Maßstab ermittelten Gewinn für die Verkehrssicherheit insgesamt und für die Senioren/innen nachzuweisen. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass ein solches Training bei vorhandenen Defiziten insbesondere dem älteren Auto Fahrenden selbst zugute kommt, der bei einem Unfall schließlich selbst das höchste Verletzungsrisiko trägt. Das

Die zugehörige Literatur:

- CONSOL** Road Safety in the Ageing Societies (2013): WP5.1 Driving Licensing Regulation. Final Report, September 2013
- Ewert, U. (2013)**: Elderly as Car Drivers. KfV Kongress, 19.-20. Juni 2013, Wien
- Fastenmeier, W., Gstalter, H. (2014)**: Fahreignung älterer Kraftfahrer im internationalen Vergleich. Unfallforschung der Versicherer (UDV), Forschungsbericht 25
- Holte, H. (2012)**: Einflussfaktoren auf Fahrverhalten und Unfallgeschehen junger Fahrerinnen und Fahrer, Diss. Uni Bonn
- Landesverkehrswacht Nordrhein-Westfalen (2015)**: Fahrerassistenzsysteme – Orientierungshilfe für Senioren
- Langford, J., Methorst, R., Hakamies-Blomqvist, L. (2006)**: Older drivers do not have a high crash-risk – A replication of low mileage bias. Accident Analysis & Prevention 38, 574-578
- Mitchell, C. (2013)**: The licensing of older drivers in Britain. Accident Analysis and Prevention, 50, 732-741
- Poschadel, S., et. al. (2012)**: Ältere Autofahrer: Erhalt, Verbesserung und Verlängerung der Fahrkompetenz durch Training. Schriftenreihe „Mobilität und Alter“, Eugen-Otto-Butz-Stiftung, TÜV Media Verlag, Köln
- Rompe, K.O. (2012)**: Unfallrisiken der Senioren am Steuer und Möglichkeiten der Reduzierung durch intelligente Fahrzeugtechnik. Z. f. Verkehrssicherheit 58 (2012), Nr. 3, S. 129
- Rompe, K.O. (2014)**: Bestimmung elektronischer Pkw-Sicherheitssysteme mit besonderem Nutzen für Senioren durch detaillierte Betrachtung des Unfallgeschehens, Z. f. Verkehrssicherheit 60 (2014), Nr. 4, S. 214
- Rompe, K.O. (2015)**: Unterschiede im Unfallgeschehen von Frauen und Männern als Pkw-Fahrer unter besonderer Berücksichtigung älterer Fahrer. Z. f. Verkehrssicherheit 61 (2015), Nr. 2., S. 91
- Rudinger, G. et. al. (2015)**: Verkehrsbezogene Eckdaten.....älterer Verkehrsteilnehmer. BASt Bericht M 256
- StBA (2015)**: Statistisches Bundesamt. Unfallgeschehen von Senioren im Straßenverkehr 2014 & Fachserie 8, Reihe 7, Dezember 2015

Die Bundeswehr kommt immer häufiger jenseits der Landesgrenzen zum Einsatz. Zugleich beklagen Wehrbeauftragter und Kommandeure, dass Ausrüstung und Personal fehlen. Wie ist dieses Dilemma zu lösen? Souverän sprach mit Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen.



Verteidigung / Bundeswehr:

„Wir schieben einen **deutlichen** Modernisierungstau vor uns her“

Souverän: Frau von der Leyen, Syrien-Einsatz, Verstärkung der Aktivitäten in Mali, Verlängerung der Afghanistan-Mission – nur einige Stichworte für die zuletzt immer weiter steigenden Anforderungen an die Bundeswehr. Gleichzeitig wird über die mangelnde Einsatzbereitschaft von Jets, Transportmaschinen oder Hubschraubern berichtet. Passen der Ausrüstungsstand und -zustand der Bundeswehr eigentlich noch zu ihren Aufgaben?

Von der Leyen: Die Bundeswehr leistet mit ihren Einsätzen hervorragende und unverzichtbare Beiträge zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Mit Blick auf die aktuellen Einsätze ist sie dafür grundsätzlich gut ausgerüstet. Sie kann augenblicklich allen ihren Verpflichtungen im Einsatz nachkommen. Aber wir wissen ja alle, woher wir kommen. Wir haben in der Bundeswehr in den vergangenen 25 Jahren eine lange Kette von Schrumpfungsprozessen, Kürzungen und Reformen erlebt. Das war am Anfang auch absolut notwendig. Aber in den letzten Jahren ist dieser Prozess so weit gegangen, dass wir angefangen haben, von der

Substanz zu leben. Wir sehen, dass wir inzwischen einen deutlichen Modernisierungstau vor uns herschieben.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht in den vergangenen zwei Jahren, indem wir gründliche Transparenz geschaffen haben im Rüstungsbereich. Wir haben gezeigt, dass wir den Haushalt punktgenau und sehr effizient einsetzen und damit ausgeben können. Und wir haben im letzten Jahr im Weißbuchprozess eine sehr klare Analyse der Aufgaben entwickelt, die vor uns liegen. Es ist klar, dass wir in der veränderten sicherheitspolitischen Lage zwei große Aufgaben haben. Die eine ist die Landes- und Bündnisverteidigung. Sie wird mehr an Gewicht gewinnen. Und die zweite sind die Einsätze, die notwendig sind und genauso in hohem Maße ausgestattet sein müssen. Wenn wir diese Aufgaben, die die Bundeswehr hat, betrachten, dann muss sie auch eine angemessene Ausstattung haben.

Was sind eigentlich die Gründe für den teilweise schlechten Zustand der Ausrüstung? Gab es in der Vergangenheit Fehler bei der Beschaffung, oder wurden Wartung und Reparatur vernachlässigt?

In der Vergangenheit ist es so gewesen, dass in den Kürzungen der Einsatz immer Vorrang hatte. Das ist auch richtig. Der Einsatz hat Vorrang. Aber dadurch, dass im Einsatz dann auch Defizite klar wurden und man schnell nachfinanzieren musste, ist immer im Grundbetrieb gekürzt worden, an anderer Stelle Dinge weggenommen worden, wo wir heute schmerzhaft merken, dass wir sie nicht mehr erfüllen können, und wo in der Tat dann auch die Substanz fehlt. Alleine die Tatsache, dass wir Panzerbattalione haben, die nicht die Panzer haben, die dazu auch gehören. Dass wir nicht ausbilden können mit Gerät, das notwendig ist, zeigt ja, dass es ernst ist. Wir brauchen eine Trendwende.

Deshalb haben wir die Hausaufgaben dafür gemacht und müssen jetzt gemeinsam diesen Weg gehen.

Es heißt, die Bundeswehr will in den nächsten Jahren 130 Milliarden Euro investieren, um diese Misere zu beenden. Was genau soll mit dem Geld bewirkt bzw. verändert werden?

Wenn wir den Blick nach vorne werfen, was wir brauchen, dann zeigt sich eine Rechnung über die nächsten 15 Jahre, die ein Gesamtvolumen von 130 Mrd. umfasst,

das wir insgesamt – nicht obendrauf, sondern insgesamt – für militärische Beschaffungen brauchen.

Dahinter steht erst einmal das Auffüllen der hohlen Strukturen. Ich will es ganz einfach sagen: Ein Panzerbataillon braucht Panzer. Und die Soldatinnen und Soldaten brauchen moderne Helme und Westen. Das gehört zur selbstverständlichen Grundausstattung.

Zweitens der Ersatz des alten Materials. Wir haben zum Teil Fahrzeuge aus den 1970er Jahren. Und jeder weiß, dass das irgendwann an seine Grenze stößt. Da muss investiert werden, damit die Substanz auch modern bleibt und aktuell.

Drittens: Neue Fähigkeiten sind notwendig. Da sage ich nur das Stichwort Cyber. Wir müssen heute anfangen. Denn die nächsten Konflikte werden vor allem cyberdominiert sein, und da müssen wir uns gut

dem Ruder. Muss das Beschaffungswesen der Bundeswehr vor diesem Hintergrund nicht einem verbesserten Controlling unterworfen werden?

Sie haben alle in den vergangenen zwei Jahren miterlebt, dass wir schonungslos Bilanz gezogen haben, auch die eigenen Fehler sehr klar auf den Tisch gelegt haben und legen. Wir haben inzwischen ein hochprofessionelles Risikomanagement eingeführt. Werden wir keine Probleme mehr haben? Nein, natürlich werden die Probleme noch da sein. Wir haben alte Verträge. Aus denen kommt man nicht einfach raus. Wir haben aber auch die neuen Verträge bereits auf die moderne Spur gesetzt. Wir haben nachverhandelt. Es wird immer Probleme in großen Projekten geben, die mit viel Technik verbunden sind. Aber die Grundprinzipien eines modernen Projektmanagements – die haben wir eingeführt.

Thema Personal. Um welche Größenordnung müsste die Bundeswehr aufgestockt werden, um den absehbaren Aufgaben gerecht zu werden?

Ja, es ist an der Zeit für die Bundeswehr, wieder zu wachsen. Im letzten Monat haben wir daher die Trendwende Personal begonnen. Wenn man sich alleine die Einsätze anschaut: die Bekämpfung des Terrors im Nord-Irak, in Syrien, in Mali, die Seenotrettung von Flüchtlingen.

Aber auch neue Herausforderungen wie Cyber oder die veränderte Aufstellung in der NATO mit Stichworten wie der schnellen Speerspitze – so ist die Bundeswehr in allen Bereichen gefordert, sich zu modernisieren. Für uns heißt das eine Trendwende. Wir haben die Trendwende bereits eingeleitet beim Material und auch beim Wehretat, bei den Finanzen. Das heißt, wir müssen wegkommen von einem Prozess des permanenten Schrumpfens und Kleinerwerdens der Bundeswehr, weg von den starren Obergrenzen, hin zu einem atmen Personalkörper, nämlich einer modern aufgestellten Bundeswehr, die nach vorne schaut, sich fragt, welche Aufgaben kommen auf sie zu und welche Menschen müssen wir dafür ausbilden und bei uns auch halten.

Wir brauchen, wenn wir die nächsten sieben Jahre nach vorne schauen, neu mehr dazu alleine 7000 Soldatinnen und Soldaten und 4400 Zivilbeschäftigte. Hier ist das Signal sehr klar in die Truppe hinein, dass ein Vierteljahrhundert des Schrumpfens der Bundeswehr vorbei ist.

Angesichts der zunehmenden Aufgaben der Bundeswehr werden auch Forderungen laut, ggf. die Wehrpflicht wieder einzuführen. Würde dies der Bundeswehr helfen?

Nein, die Rückkehr zur Wehrpflicht würde keinem helfen. Mir sind Männer und Frauen, die freiwillig zur Bundeswehr kommen, viel lieber als Soldaten, die nur kamen, weil sie mussten. Die Zahl der freiwilligen Bewerbungen ist hoch. Die Bundeswehr ist ein attraktiver Arbeitgeber. Bei Umfragen unter Schulabgängern Ende 2015 stand die Bundeswehr auf Platz 1 in der Kategorie Beliebtester Arbeitgeber Ausbildungswunsch. Das heißt: Wir müssen uns nicht verstecken; dürfen uns aber auch nicht ausruhen.

Frau Ministerin, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



aufstellen. Aber es gehört auch dazu, dass wir viel multinational machen: Das heißt, da muss Deutschland auch seinen Beitrag leisten. Als deutliches Beispiel sehe ich hier die maritime Zusammenarbeit mit den niederländischen Streitkräften im Bereich der amphibischen Fähigkeiten. Beide Seiten werden davon profitieren.

In der Vergangenheit liefen etliche Rüstungsprojekte sowohl finanziell als auch vom Lieferdatum her aus

Es sind klare Spielregeln jetzt auch mit der Rüstungsindustrie verabredet; da wissen beide Seiten Bescheid, dass wir in der Pflicht sind.

Nichtsdestotrotz: Am Ende des Tages muss investiert werden in äußere Sicherheit, wenn man möchte, dass die Bundeswehr die vielfältigen Aufgaben wahrnimmt. Ich bin der festen Überzeugung: Wir wollen das – wir können das –, wir wollen die Verantwortung übernehmen. Aber dann muss man auch genügend investieren.

Gesund werden, gesund bleiben:

Heilsame Wasser im ungarischen Héviz

Schon die Römer kannten die heilsame Wirkung von Thermalquellen. Nicht von ungefähr stammt der Begriff SPA aus dem Lateinischen („sanus per aquam“, was so viel bedeutet wie „Gesundheit durch Wasser“). Daher ist es nicht verwunderlich, dass ihnen auch der größte Thermalsee Europas nicht verborgen blieb, wie Funde römischer Münzen aus dem See beweisen.

oder durch eine Trinkkur aufgenommen werden, wird auch der Schlamm vom Boden des Sees für Anwendungen genutzt. Er besteht aus 80% anorganischen und 20% organischen Bestandteilen und weist einen hohen Radium-, Jod- und Schwefelgehalt auf. Schlamm packungen wirken schmerzlindernd, beruhigend auf das Nervensystem und anregend auf den Stoffwechsel. Besonders Menschen mit chronisch-entzündlichen oder degenerativen Erkrankungen der Gelenke oder des gesamten Bewegungsapparates wissen die Heilkraft des Wassers und Schlammes zu schätzen.

Inzwischen hat sich rund um den See ein großes Angebot mit klassischen Heilkuren,

ist also ganzjährig möglich und erhält seinen besonderen Reiz durch den dichten Nebel, der dann besonders häufig über dem See liegt. Die Wälder der Umgebung laden zu einer Wanderung auf guterschlossenen Wegen ein. Und bis zum nahen Plattensee (Balaton) ist es nicht weit.

Zwei Touristik-Profis empfehlen sich für Ihre Héviz-Reise!

Sie haben einiges gemeinsam, die Touristik-Unternehmen Mutsch Ungarn Reisen und Terramundi: Beide sind inhabergeführt, behaupten sich seit 20 Jahren als Reisespezialisten und haben ein Gespür für das Besondere. Diese gute Basis nutzen die Touristik-Profis nun für eine enge Zusammenarbeit bei Reisen nach Héviz.

Josef Mutsch wurde bereits 1994 auf die hervorragenden Qualitäten eines Gesundheitsurlaubs in Westungarn aufmerksam. Zu dieser Zeit litt er an Gelenkrheuma und konnte dies mit Hilfe des Héviz-er Heilwassers und traditioneller Therapien kurieren. Sogar die bevorstehende Hüftgelenkoperation blieb ihm so erspart. Diese Erfahrung war so einschneidend, dass das Ehepaar Mutsch sich entschied, fortan Héviz als ihren Lebensmittelpunkt zu wählen. Seitdem organisiert Mutsch Ungarn Reisen Kur- und Wellnessreisen nach Ungarn.

Erste Berührungspunkte mit dem Dorstener Veranstalter Terramundi gab es bereits vor 5 Jahren. Als Gruppenreisen-Spezialist ist Geschäftsführer Georg Feller immer auf der Suche nach attraktiven Zielen für seine Kunden – darunter auch viele Mitglieder und Freunde der Senioren-Union. So wurden auch Kurreisen nach Héviz mit ins Programm aufgenommen. Und das Angebot wurde sofort gut angenommen. So war es nur eine Frage der Zeit, dass sich die Wege von Mutsch Ungarn Reisen und Terramundi kreuzten.

Von der künftigen engen Zusammenarbeit profitieren auch die Gäste. Sichtbarste Zeichen sind das ausgezeichnete Preis-Leistungsverhältnis, die große Auswahl an Reisetterminen und der verbesserte Service. So zählen sogar die Haustür-Abholung, die örtliche, deutschsprachige Reisebetreuung und die im Preis enthaltenen Kuranwendungen zu den Standardleistungen einer Kur- und Wellness-Reise nach Héviz. ■



Doch das ist lange her. Heute präsentiert sich das Heilbad Héviz an der westungarischen Bäderstraße als mondäner Kurort mit ansprechenden Therapie-Einrichtungen, gepflegten Kuranlagen und einem vielseitigen Hotellerie- und Gastronomie-Angebot. Hauptanziehungspunkt ist jedoch nach wie vor der Thermalsee. Er ist etwa 4,7 Hektar groß und an vielen Stellen mit prächtigen Seerosen bewachsen. Gespeist wird der Heilsee von einer heißen Unterwasserquelle, die vulkanischen Ursprungs ist. Durch ein 18 Meter großes Loch in 40 Metern Tiefe wird das Wasser innerhalb von 48 Stunden komplett erneuert und damit auch die heilenden Inhaltsstoffe. Das Thermalwasser enthält Schwefel, Mineralien wie Magnesium und Kalzium, wertvolle Edelgase und Hydrogencarbonat. Neben dem Wasser, dessen heilende Eigenschaften beim Baden über die Haut

Wellness-Einrichtungen und physiotherapeutischen Praxen etabliert. Zur klassischen Heilkur in Bad Héviz zählen Massagen, Kohlensäure- oder Sprudelbäder, Schlamm packungen und Trinkkuren. Wer es sich einfach einmal gutgehen lassen möchte, nutzt die Wellness- und Beauty-Zentren im Ort oder den SPA-Bereich und die Badelandschaft des Hotels, die viele Häuser für ihre Gäste eingerichtet haben. Massagen, Gymnastik und Entspannungstechniken machen wieder fit für den Alltag.

Doch Héviz lohnt nicht nur wegen der hervorragenden Kureinrichtungen einen Besuch. Gut geschützt zwischen zwei dichtbewaldeten Bergrücken können Sie nahezu mediterranes Lebensgefühl vom zeitigen Frühjahr bis zum späten Herbst genießen. Selbst im Winter sinkt die Temperatur des Sees nicht unter 23°C. Ein Bad

Das besondere Reise-
erlebnis für Mitglieder
und Freunde der

Senioren
Union **CDU**



Reisetermine:

- 24.09. bis 01.10.2016*
- 01.10. bis 08.10.2016*
- 08.10. bis 15.10.2016*
- 15.10. bis 22.10.2016

*Verlängerungswoche möglich

Inklusivleistungen:

- Haustürabholung (bis 40 Kilometer, größere Entfernungen gegen Aufpreis) und Transfer zum Flughafen
- Flüge → Deutschland / Sarmellek / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft (z.B. Lufthansa) in der Economy-Class
- Flughafensicherheitsgebühren und Luftverkehrsabgabe
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Hotel Natur-Med Carbona (4-Sterne-Superior, Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension
- Ärztliche Eingangskonsultation
- 6 Heilbehandlungen nach ärztlicher Vorgabe
- Freie Nutzung des hoteleigenen Bade- und Wellness-Bereiches
- Leihbademantel
- Deutschsprachige Reisebetreuung vor Ort
- Umfangreiche Informationen zur Reise
- Flüge wahlweise ab/bis:
Düsseldorf, Frankfurt & Friedrichshafen (jeweils nonstop, alle Termine), Berlin-Schönefeld (nur 01.10. möglich mit Umstieg auf dem Rückflug) & Hamburg (24.09. und 08.10. möglich ebenfalls mit Umstieg auf dem Rückflug)

Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Tel.: 023 69/91962-0 • Fax: 023 69/91962-33
info@terramundi.de • www.terramundi.de

Bitte beachten Sie: Preis-, Programm- und Terminänderungen vorbehalten • Die CDU Senioren-Union tritt lediglich als Vermittler auf.



Terramundi ist insolvenzversichert bei: ZURICH

HÉVIZ

Wellness-Tage in Ungarn, am
größten Thermalsee Europas!



Gönnen Sie Körper, Geist und Seele eine Verschnauf-pause am größten Thermalsee Europas! 80 Millionen Liter Wasser strömen hier täglich aus 38 Meter Tiefe und erneuern so das Seewasser innerhalb von 48 Stunden komplett.

Der ungarische Ort Héviz ist weit über die Grenzen wegen seiner hervorragenden Kureinrichtungen bekannt. Das Stadtbild wird geprägt von engen Straßen, zahlreichen Cafés und kleinen Lädchen. Der Ort bietet ein breites Spektrum an Wellness-Möglichkeiten. Sie haben Gelegenheit, diese bei Anwendungen, die im Preis enthalten sind, ausgiebig zu nutzen.

Der Spa-Bereich des schönen 4-Sterne-Superior-Hotels, in dem Sie wohnen werden, lädt zu entspannten Stunden ein.

Hotel Natur Med Carbona **Superior:** Das Hotel liegt im Ortszentrum von Héviz, in einer ruhigen Seitenstraße und eingebettet in einen etwa 4,6 ha großen Naturpark, nur 400 Meter vom Thermalsee entfernt. Das Haus verfügt über 261 Zimmer, die mit Bad/Dusche, WC, Föhn, Sat-TV, Minibar, Safe, Klimaanlage und Balkon ausgestattet sind. Während Ihres Aufenthaltes können Sie die Innen- und Außenpools sowie die Kurabteilung des Hotels frei nutzen. Frühstück und Abendessen werden in Buffetform angeboten.



Haustürabholung
Flughafentransfer bei Abreise und Ankunft



Flüge
Ab/bis vielen deutschen Flughäfen



Wellness
Sechs Heilbehandlungen inklusive (weitere möglich)



Erholung
Schönes 4-Sterne-Superior-Hotel mit eigenem Spa

Reisepreise:

ab EUR **799,-**

pro Person im Doppelzimmer*
Aufpreis Reisedatum 01.10. p.P.: EUR 50,-
Aufpreis Reisedatum 24.09. p.P.: EUR 100,-
EZ-Zuschlag pauschal für den gesamten Aufenthalt (1, 2 oder 3 Wochen): EUR 98,-
Zusatzleistungen gegen Aufpreis p.P.:
Standard Plus Zimmer/Woche: EUR 28,-
Superior-Zimmer/Woche: EUR 91,-
4 zusätzl. Anwendungen (1. Woche): EUR 70,-
Verlängerungswoche im DZ*
inklusive Halbpension: EUR 450,-
(nicht möglich bei Anreise am 15.10.)
10 zusätzliche Anwendungen in der Verlängerungswoche: EUR 175,-
* bei Zweierbelegung

Preise für Haustürabholung:

Zone:	Radius:	Preis:
Zone 1	bis 40 km	frei
Zone 2	bis 69 km	EUR 49,- p.P.
Zone 3	bis 129 km	EUR 99,- p.P.
Zone 4	ab 130 km	EUR 149,- p.P.

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 40,- für die erste Woche bzw. EUR 60,- pro Person für 2 Wochen. (Diese Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

INFORMIEREN & ANMELDEN

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefax: 023 69/91962-33
E-Mail: info@terramundi.de

JA, ich möchte mit nebenstehend aufgeführten Personen an der Reise nach HÉVIZ (UNGARN) teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an die nebenstehende Adresse.

Mein Reiseternin (bitte ankreuzen):
 24.09. bis 01.10.2016
 01.10. bis 08.10.2016
 08.10. bis 15.10.2016
 15.10. bis 22.10.2016

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur UNGARN-Reise. ... oder direkt auf unserer Website downloaden: www.terramundi.de

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 – wie im Reisedokument angegeben) Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl E-Mail

Name, Vorname (Teilnehmer/in 2 – wie im Reisedokument angegeben) Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH, einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: HÉVIZ (UNGARN)
Flüge ab/bis: nonstop: Düsseldorf Frankfurt Friedrichshafen
tlw. mit Umstieg auf dem Rückweg:
 Hamburg Berlin-Schönefeld
Grundpreis: EUR 799,- p. P. im Doppelzimmer*
Aufpreis: Reisedatum 01.10. p. P.: EUR 50,-
Reisedatum 24.09. p. P.: EUR 100,-
EZ-Zuschlag: pauschal für den gesamten Aufenthalt (1, 2 od. 3 Wochen): EUR 98,-
Zimmer: Zuschlag Standard Plus Zimmer/Woche: EUR 28,- p. P. • Zuschlag Superiorzimmer p. P./Woche: EUR 91,-
Anwendung: 6 Anwendungen inkl., 4 zusätzl. Anwendungen in der 1. Woche p. P.: EUR 70,-
10 zusätzliche Anwendungen in der Verlängerungswoche p. P.: EUR 175,- p. P. im DZ* inkl. Halbpension: EUR 450,- (nicht möglich beim Abflug am 15.10.)
VL-Woche: (nicht möglich beim Abflug am 15.10.)
RV: Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt: EUR 40,- für die 1. Woche, EUR 60,- p. P. für 2 Wochen
Bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen:
DZ* = Doppelzimmer, EZ = Einzelzimmer, SP = Standard-Plus-Zimmer, SZ = Superior-Zimmer
VL = Verlängerungswoche • RV = Reiserücktrittskosten-Versicherung
Teiln. 1 DZ EZ SP SZ VL RV
Teiln. 2 DZ EZ SP SZ VL RV
(* bei Zweierbelegung)



Der unterschätzte **Links**extremismus

Ob Angriffe auf eine Polizeiwache in Leipzig-Connewitz durch 50 vermummte Choten oder Morddrohungen gegen Berlins Innensenator Frank Henkel, auch im linken Spektrum lauert ein gefährliches Gewaltpotenzial. Eine Analyse von Professor Klaus Schroeder, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin.

In Anbetracht der mörderischen Bedrohung durch Islamisten, die auch Deutschland im Visier haben, und der nahezu täglichen Übergriffe von Rechtsextremisten auf Flüchtlingsheime werden die Gewalttaten von Linksextremisten in den Medien kaum noch erwähnt. Tatsächlich aber überschütten sie ihre Feinde weiterhin mit Hassbotschaften und schrecken auch vor Körperverletzung nicht zurück. Es ist geradezu absurd, dass Straf- und Gewalttaten von Extremisten gegeneinander aufgerechnet werden. Aus einer freiheitlich-demokratischen Perspektive sind politisch motivierte Gewalttaten gleichermaßen abzulehnen.

Ein weiterer Grund für die Nichtbeachtung des Linksextremismus ist die in der Realität nur schwer zu bestimmende Trennlinie zwischen gemäßigten, radikalen und extremen Linken. Die Linksextremisten stehen gleichsam unter dem Schutzschirm des gesamten linken Milieus, wie nicht zuletzt gemeinsame Demonstrationen und Aktionsbündnisse zeigen.

Extremismus, linker wie rechter und auch islamistischer, lässt sich nur relativ von der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Ordnung aus definieren, wie uns bereits die Zeitgeschichte gezeigt hat: Im Nationalsozialismus, aber auch in der DDR, galten – ohne dass die Systeme

gleichgesetzt werden – freiheitliche Demokraten als feindlich-negative Kräfte, d.h. als Extremisten. Freiheitlich-demokratische Staaten wie die Bundesrepublik bezeichnen diejenigen als Extremisten, die die offene Gesellschaft bekämpfen und beseitigen wollen.

Linksextreme Konzeptionen vertreten ideologisch-dogmatische Positionen, die sich durch (vermeintlich) objektiv erkennbare Gesetzmäßigkeiten auszeichnen. Sie lehnen die Pluralität der Interessen, das Mehr-Parteien-System und das Oppositionsrecht ab und hängen einem Denken in Freund-Feind-Kategorien sowie „Verschwörungstheorien“ an. Linksextremisten bekämpfen die (unterstellte) kapitalistische Klassengesellschaft und „ihre“ politische Ordnung als gesellschaftliches Grundübel. Ihr Ziel sind die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Auf den Trümmern wollen sie eine anarchistische oder kommunistische Gesellschaft errichten.

Das heutige linksextreme Milieu mit seinen unterschiedlichen Strömungen von dogmatischen Marxisten/Leninisten, Trotzlisten bis hin zu anarchistischen und (post)autonomen Gruppen, die eine „Politik in erster Person“ propagieren, steht in der Tradition der Anfang des letzten Jahrhunderts in Deutschland entstandenen kommunistischen und insbesondere der 68er Bewegung.

Schon Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht setzten sich über Mehrheitsbeschlüsse des zentralen Arbeiter- und Soldatenrates, in den sie nicht einmal gewählt wurden, hinweg und riefen zum bewaffneten Putsch auf. Die demokratische Revolution konnten sie indes nicht aufhalten, gegen ihren Widerstand etablierte sich die erste Demokratie in Deutschland. Die 68er zeigten offen ihre Verachtung für das parlamentarische System und ließen Andersdenkende, wo immer sie es vermochten, nicht zu Wort kommen. Heute setzen selbsternannte Revolutionäre diese Traditionen fort.



Von Professor Klaus Schroeder kürzlich erschienen: *Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie*, Verlag Peter Lang, Frankfurt, Berlin, Bern, Wien, 2015, 653 Seiten, 29,95 €, ISBN 978-3-631-66283-0

Attraktivität und Verführungskraft kommunistischer bzw. linksextremer Ideologien sind bis heute gegeben, versprechen sie doch eine bessere Welt für alle Menschen; eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Ihre vermeintlich hehren Ziele bringen ihnen Zulauf von idealistisch eingestellten jungen Menschen.

Aktuelle Theoretiker mit Einfluss auf die (spärlichen) theoretischen Debatten, wie Alain Badiou und Slavoj Žižek, verhehlen sogar ihre Sympathien für Stalin nicht und schaffen es dennoch in die Feuilletons einiger überregionaler Zeitungen. Wenn es um eine „gute Sache“ – den Kommunismus – geht, trübt sich offenbar der Blick mancher Betrachter.

Die Trennlinien zwischen radikaler und extremer Linker sind fließend. Beide leben in den gleichen Milieus, benutzen die gleiche Infrastruktur und „kämpfen“ in Aktionsbündnissen gemeinsam gegen ihre Feinde. Radikale und extreme Linke versuchen gleichermaßen, über populäre Kampagnen, zum Beispiel gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus – insbesondere die AfD –, Globalisierung oder die offizielle Asylpolitik, ihren Sympathisantenkreis und ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung zu vergrößern, mitunter

durchaus erfolgreich. Andersdenkenden gegenüber spielen sie sich als „Gesinnungswächter“ auf, die bestimmen wollen, wie sich der Einzelne privat und politisch zu verhalten habe, und erklären die Revolution für alternativlos. Wer ihre Forderungen nicht teilt, sieht sich schnell dem Vorwurf ausgesetzt, ein Reaktionär, ein Rassist oder gar Faschist zu sein. Ein beliebtes – absurdes – Argument gegenüber Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten, die sich kritisch mit Linksextremismus beschäftigen, ist die Unterstellung, sie würden damit gleichsam zwangsläufig den Rechtsextremismus verharmlosen. Selbstverständlich unterscheiden sich Links- und Rechtsextremismus in Theorie und Praxis deutlich voneinander und können nicht in eins gesetzt werden; ihre (strukturelle) Gemeinsamkeit besteht jedoch im Kampf gegen eine offene, pluralistische Gesellschaft.

Linksextremismus und Gewalt

Antipluralistische und antiparlamentarische Argumentationen und Auffassungen und ein strategisches und taktisches Verhältnis zur (politisch motivierten) Gewalt haben sich über die Jahrzehnte hinweg zu Grundpfeilern linksradikalen/linksextremen Selbstverständnisses entwickelt und gehalten. Die APO rechtfertigte die von ihr ausgeübte Gewalt als „Gegengewalt“ und relativierte damit politisch motivierte Gewaltanwendung. Sie differenzierte zwischen guter und schlechter bzw. befreiender und reaktionärer Gewalt, aber auch zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen, bis sich letztlich die Trennlinien verschoben. Ein Resultat war die RAF.

Mit Hilfe einer „Provokationsstrategie“ sollte die strukturelle Gewalt des kapitalistischen Systems offengelegt und gebrochen werden, um das politische System zu zwingen, die „Maske der repressiven Toleranz“ fallen zu lassen. Heutige linksextreme Gruppen sparen sich die Mühe einer „Provokationsstrategie“. Sie rechtfertigen ihren Kampf gegen die bestehende wirtschaftliche und politische Ordnung mit pauschalem Verweis auf (angebliche) gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse.

Seit Anfang des neuen Jahrtausends ist die Zahl politisch links motivierter Gewalttaten im Trend deutlich angestiegen. In der öffentlichen Wahrnehmung werden diese Gewalttaten quantitativ unterschätzt, da der Verfassungsschutz – aus welchen Gründen auch immer – zwischen „links“

und „linksextrem“ motivierten Straf- und Gewalttaten unterscheidet und die nur „links“ motivierten Taten in der detaillierten Betrachtung außen vor lässt. In den letzten Jahren verübten als nichtextrem links eingeschätzte Personen etwa 30 – 40 % der Gewalttaten, darunter allein in den Jahren 2013/14 mehr als 500 Körperverletzungen und mehr als 100 Brand- und Sprengstoffdelikte.

Gegen unliebsame Personen rufen Linksextreme zur Gewalt auf. Von ihnen als „Feinde“ geoutete Personen werden mit Hassparolen bedacht und bedroht. Im Fokus stehen dabei Polizisten, (tatsächliche oder vermeintliche) Rechtsextremisten bzw. Neonazis, Burschenschaftler, Fußballfans und in letzter Zeit vor allem Mitglieder und Sympathisanten der AfD, aber auch Vertreter etablierter bürgerlicher Parteien, insbesondere der SPD und der Grünen, die bei Kampagnen und Aktionen linksextremen Forderungen nicht gleich nachkommen. Gewalttätiges Handeln findet in der heutigen linken Szene zum Teil breiten Zuspruch oder wird zumindest sympathisierend geduldet. In Großstädten wie Berlin, Hamburg, Leipzig und Frankfurt/Main erreichen (militante) Linksautonome, die in linke Milieus, Netzwerke und Subkulturen eingebettet sind, deutlich mehr Personen, als in ihrem inneren Kern engagiert sind. Gewalt ist für sie „revolutionäre Gewalt“, und Gewaltaktionen gelten als selbstverständlich. Allerdings wird nicht jeder, der Gewaltanwendung prinzipiell befürwortet, selber gewalttätig. Hierzu gehört eine individuelle Disposition, die sich zumeist schon in sehr jungen Jahren (unpolitisch) in Aggressionen und Gewalt äußert.

Linksextreme Einstellungen weit verbreitet

Einige linksextreme Einstellungen beschränken sich jedoch nicht auf die linke Szene, sondern haben längst Eingang in die so genannte Mehrheitsgesellschaft gefunden, wie die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage belegen. So können sich 13 % der Befragten – deutlich mehr im Osten als im Westen – prinzipiell vorstellen, bei einer Bundestagswahl eine Partei links von der Partei Die Linke zu wählen. Eine relevante Minderheit von 42 %, im Osten sogar eine absolute Mehrheit von 54 %, äußert sich mehr oder weniger unzufrieden mit der in Deutschland praktizierten Demokratie. Weit verbreitet ist auch

die Kritik am hiesigen Wirtschaftssystem, der sozialen Marktwirtschaft, die viele, nicht nur Linksextremisten, als neoliberalen Kapitalismus bezeichnen. Ein Drittel der Befragten behauptet, der Kapitalismus gehe zwangsläufig mit Armut und Hunger einher, und sogar 37 % glauben, Kapitalismus führe zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen. 16 % teilen die Auffassung, Kapitalismus führe letztlich zum Faschismus, und knapp ein Fünftel sieht sogar die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland. Eine nennenswerte Minderheit im Westen und eine absolute Mehrheit im Osten halten den Sozialismus/Kommunismus für eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde. Nach unseren Berechnungen auf Basis einer Skala weisen etwa 4 % der Befragten ein weitgehend geschlossenes linksextremes Weltbild auf, und weitere 13 % stimmen einzelnen Aspekten linksextremen Denkens überwiegend zu. Das linksradikale/linksextreme Personenpotenzial liegt insofern bei 17 % – im Westen bei 14 % und im Osten bei 28 %.

Da auch viele sich selbst als politisch rechts von der Mitte einstufoende Personen einzelnen linksextremen Einstellungsdimensionen zustimmen, überraschen die Wahlerfolge der AfD insbesondere im Osten Deutschlands nicht. Kritik am politischen und wirtschaftlichen System ist links wie rechts der Mitte vorhanden, auch wenn Motive und Ziele differieren.

Linksextremisten sind nicht nur antikapitalistisch, sondern auch demokratiefeindlich – bezogen auf die parlamentarische Demokratie – eingestellt. Die notwendige Bekämpfung rechtsextremistischer und islamistischer motivierter Gewalt darf den Blick auf linke und linksextremistische Gewalt nicht trüben. Eine wehrhafte Demokratie muss allen Feinden einer offenen Gesellschaft entschieden entgegentreten. ■

Der Autor: **Prof. Dr. Klaus Schroeder**, Jahrgang 1949, ist promovierter Soziologe und habilitierter Politikwissenschaftler, Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin sowie der Arbeitsstelle Politik und Technik des Otto-Suhr-Institutes.



Die **Flüchtlingskrise** und was wir daraus lernen können

Die Ursachen, Konflikte und Folgen der Flüchtlingskrise lassen sich inzwischen gut beschreiben, echte Lösungen hingegen sind immer noch „in Arbeit“. Warum, das beschreibt der Bremer Integrationsforscher und Politikwissenschaftler PD Dr. Stefan Luft.



Das Jahr 2015 kann als das Jahr der Flüchtlingskrise gelten. Die humanitären Katastrophen in Syrien, Afghanistan, Somalia, Eritrea und zahlreichen weiteren Ländern waren in den deutschen Medien an vorderster Stelle präsent. Das lag in erster Linie daran, dass sich die Flüchtlingsbewegungen nicht mehr vorwiegend auf die Herkunftsregionen beschränkten. Immer mehr Flüchtlinge entschieden sich dafür, den Weg aus dem Elend nach Europa zu suchen und dafür höchste Anstrengungen und größte Risiken auf sich zu nehmen. Dass die Wohlstandsregionen von den Flüchtlingsbewegungen so stark betroffen waren, hatte verschiedene Ursachen, die zusammengenommen zu dem Massenzustrom von rund 1,4 Millionen Menschen nach Europa im Jahr 2015 führten. Politische Alleingänge und Fehleinschätzungen haben die EU an den Rand des Scheiterns geführt.

Betrachtet man die Verteilung der weltweit über 60 Millionen Flüchtlinge, fallen mehrere Aspekte ins Auge:

1. Rund 40 Millionen der Flüchtlinge bleiben in ihren Herkunftsländern und suchen sich dort inländische Fluchtalternativen. Sie werden als Binnenflüchtlinge bezeichnet.
2. Von den internationalen Flüchtlingen, also jenen, die sich gezwungen sehen, ihren Herkunftsstaat zu verlassen, verbleibt der allergrößte Teil in den Anrainerstaaen. Die meisten Flüchtlingskrisen werden also regional aufgefangen.
3. 86 % der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. Gemessen am

Bruttoinlandsprodukt, nehmen sehr arme Länder wie Äthiopien, Pakistan, Tschad und Uganda die meisten Flüchtlinge auf.

4. Die „klassischen Einwanderungsländer“ USA, Kanada und Australien haben nur marginale Teile der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung aufgenommen. Ihre geographische Lage macht sie für Flüchtlinge in weiten Teilen unerreichbar. Hinzu kommt, dass Einwanderungsländer größten Wert darauf legen, selbst darüber zu entscheiden, wer sich in ihren Ländern niederlässt und wer nicht. Außerdem werden in Zeiten des globalen islamistischen Terrorismus Flüchtlinge aus arabischen Ländern als Bedrohung wahrgenommen.

Wenn sich die Verhältnisse in den Herkunftsländern und den Erstaufnahmestaaten (wie Jordanien, Libanon, Türkei, Iran etc.) über Jahre verschlechtern, wenn immer höhere Verschuldung, Kinderarbeit, Bettelei und Verelendung die Perspektiven für die Menschen in den Flüchtlingslagern sind, wenn die Hoffnungslosigkeit erdrückend wird, machen sich die Stärksten unter ihnen auf den Weg – auch nach Europa. Vorrangiges Ziel müsste es daher sein, die Verhältnisse in den Erstaufnahmestaaten zu verbessern – sowohl für die Flüchtlinge als auch für die Einheimischen. Viel zu lange haben die Staaten hingenommen, dass die internationalen Hilfsprogramme unterfinanziert waren und die Lebensmittelrationen sowie die Versorgung mit Hygieneartikeln gekürzt werden mussten. Auch die wachsenden sozialen Spannungen und wirtschaftlichen Belas-

tungen der Hauptaufnahmestaaten fanden zu wenig Beachtung.

Europa war auf diesen Massenzustrom nicht vorbereitet.

Der EU war es nicht gelungen (und ist es bis heute nicht gelungen), sich auf einen fairen Lastenausgleich zur Verteilung von Flüchtlingen zu verständigen. Das Dublin-System, das die Zuständigkeiten für die Asylverfahren regelt, ist mittlerweile zusammengebrochen. Die langwierigen und inzwischen mit Rechtsschutzgarantien ausgestatteten Verfahren sind nur noch im Ausnahmefall realisiert worden. Nachdem 2011 bereits Griechenland wegen „systemischer Mängel“ aus dem Verfahren herausgenommen worden war, setzte die Bundesregierung das Dublin-Verfahren im Sommer 2015, kurzfristig bezogen auf Ungarn aus, was als Signal wahrgenommen wurde, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Grenzen für die Flüchtlinge in bisher nicht da gewesener Weise öffnen würde. Der Konstruktionsfehler des Dublin-Systems bestand darin, dass es die Verantwortung für die Registrierung, die Aufnahme und die Asylverfahren jenen Mitgliedstaaten überließ, deren Territorium als erstes betreten worden war. Die betroffenen Staaten mit Außengrenzen erwiesen sich in Zeiten starker Flüchtlingsbewegungen als überfordert. Sie haben in der Konsequenz die Flüchtlinge durchgewunken und ihnen damit die Weiterreise in das gewünschte Zielland ermöglicht. Es war offensichtlich, dass Staaten wie Griechenland oder Italien mit der Zuständigkeit für Hunderttausende von Flüchtlingen überfordert waren.

Ein weiterer Grund für das Scheitern des Dublin-Systems ist, dass es nicht gelungen ist, die Standards hinsichtlich der Verfahren zur Schutzgewährung, aber auch hinsichtlich der sozialen Standards der Versorgung zu vereinheitlichen. Das wiederum kann nicht verwundern, denn die sozio-ökonomischen Disparitäten haben innerhalb der EU stark zugenommen – sowohl durch die Beitrittsrunden der mittel- und osteuropäischen Staaten als auch durch die Auswirkungen der Finanz und Wirtschaftskrise (Spanien, Griechenland, Portugal). Das dichte Regelwerk aus Richtlinien und

der deutschen Grenzen für die Flüchtlinge war mit der Erwartung verbunden, dass sich die anderen Mitgliedstaaten der EU an der Aufnahme entsprechend beteiligen würden. Dies ist nicht geschehen. Die EU-Partner nicht in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, hat sich als Fehler erwiesen, zumal dies als weiteres Exerzierfeld deutscher Dominanz gedeutet wurde.

- Solidarität lässt sich nicht erzwingen. Eine Vielzahl von Mitgliedstaaten ist nicht bereit, sich Verteilungsquoten zu unterwerfen.
- Das Problem von Weiterwanderungen muss gelöst werden. Die Verteilung von Schutzsuchenden über die Mitgliedstaaten ist legitim. Allerdings werden sich die Migranten nicht daran hindern lassen, jene Staaten als Zielstaaten zu wählen, von denen sie sich die meisten Chancen versprechen.
- Kompromisse in Zuwanderungsfragen sind noch schwerer zu erzielen als auf anderen Politikfeldern, weil sie Identitätsfragen berühren. Insbesondere die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten verfügen über geringe oder keine Erfahrungen mit Zuwanderung. Vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts sind es relativ homogene Gesellschaften. Die Vorbehalte gegenüber kulturell und religiös als besonders fremd wahrgenommener Zuwanderung sind deshalb groß.
- Um nicht zur Eskalation militärischer Konflikte und damit zur Verstärkung von Fluchtursachen beizutragen, sollten Waffenlieferungen in Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete sowie an mittelbare und unmittelbare Kriegsparteien (wie die Golfstaaten) unterbleiben. Die Erfahrungen mit den Irakkriegen oder dem Einsatz in Libyen zeigen weiterhin, dass Zurückhaltung bei militärischen Interventionen geübt werden sollte.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) sieht drei Optionen nach größeren Flüchtlingsbewegungen: die Rückkehr ins Herkunftsland, die Integration in das Erstaufnahmeland und Neuansiedlungsprogramme (Resettlement). Die Rückkehr ins Herkunftsland setzt voraus, dass die gewalttätig geführten Auseinandersetzungen in weiten Teilen eingestellt wurden und der Wiederaufbau so weit fortgeschritten ist, dass eine Rückkehr verantwortbar ist. Bei langandauernden Konflikten muss die Integration in das

Erstaufnahmeland in Betracht gezogen werden. Soziale Infrastruktur – Krankenhäuser, Gewerbegebiete, Schulen – gibt den Menschen dort Perspektiven, deren sie dringend bedürfen.

Neuansiedlungsprogramme sind eine weitere Reaktionsmöglichkeit auf eine große Fluchtbewegung. Zielländer erklären sich bereit, Kontingente an Flüchtlingen aufzunehmen, die vom UNHCR zusammengestellt werden. Diese Gruppen werden dann in die Aufnahmeländer ausgeflogen. Das Angebot steht allerdings in keinem Verhältnis zum weltweiten Bedarf.

Bleiben die Verantwortlichen passiv und nutzen diese Option nicht, werden sich immer mehr Personen für eine Weiterwanderung entscheiden, die mit hohen Risiken

„Europa war auf diesen Massenzustrom nicht vorbereitet.“

und Kosten verbunden ist. In der Folge bleiben die wirklich Schwachen zurück, weil sie sich die Reise über Tausende von Kilometern nicht leisten können oder weil sie gesundheitlich dazu nicht in der Lage sind. Deshalb ist auch aus humanitären Gründen regionalen Lösungen immer Vorrang einzuräumen.

Mit jedem Euro, der in den Nachbarstaaten der Krisenherde eingesetzt wird, wird ein Vielfaches von dem bewirkt, was hier in Deutschland mit dem gleichen Betrag erreicht werden kann. Wichtig ist: Die Aufnahmeländer als ganze müssen von diesen Maßnahmen profitieren, sie dürfen sich nicht alleine an die Flüchtlingsbevölkerung der Länder richten.

Nach dem Abkommen der EU mit der Türkei vom März 2016 ist der Massenzustrom von Flüchtlingen in die EU zunächst stark zurückgegangen. Dies dürfte allerdings lediglich eine Atempause darstellen. Schleuser werden auf andere Routen ausweichen. Weitere Konflikte (mit den Kurden in der Türkei, in der Ukraine, im Jemen) können innerhalb kürzester Frist erhebliche Fluchtbewegungen auslösen. Die EU und die deutsche Regierung wären gut beraten, die Lehren des Jahres 2015 zu beherzigen. ■



Von Stefan Luft jüngst erschienen: Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen in der Reihe C.H.Beck Wissen, München, 2016. 128 S.: mit 1 Grafik und 8 Tabellen. Broschiert. 8,95 €. ISBN 978-3-406-69072-3

Verordnungen der EU, aus dem das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ (GEAS) besteht, wurde und wird zudem in den Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgelegt, in nationales Recht umgesetzt und angewandt. Das Ergebnis sind unter anderem weit auseinandergehende Anerkennungsquoten (auch für Flüchtlinge aus denselben Herkunftsregionen) und damit sehr unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten, tatsächlich Schutz – und damit Aufenthaltrechte – zugesprochen zu bekommen („Schutzlotterie“).

Welche Schlussfolgerungen können aus den Ereignissen des Jahres 2015 gezogen werden?

- Alleingänge verhindern europäische Lösungen. Die symbolische Öffnung

Die Fluchtursachen an den Wurzeln bekämpfen? Eine gängige Forderung, seitdem Europa und insbesondere Deutschland zum Ziel Hunderttausender Migranten geworden sind. Das Jahr 2015 hat so den Zusammenhang zwischen den Flüchtlingsströmen einerseits und den Fragen und Problemen einer wirksamen Entwicklungspolitik in den Herkunftsländern andererseits ins Zentrum der politischen Diskussion gerückt. Diese entwicklungspolitische Diskussion ist seit langem überfällig. Beispiel Afrika ...

res Landes oder auch in Nachbarländer (z.B. somalische Flüchtlinge in Kenia). Politische Verfolgung, diktatorische Regime, religiöse oder ethnische Konflikte, nicht vorhandene berufliche Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, weitverbreitete Armut, häufig auftretende Naturkatastrophen (z.B.

kleiner Teil der weltweit auf der Flucht befindlichen etwa 60 Millionen Menschen hat sich im Jahr 2015 auf den Weg nach Europa gemacht. Wenn sich die wirtschaftliche, soziale und besonders auch politische Situation in vielen afrikanischen Ländern in den nächsten Jahren nicht grundlegend

Migration / Zuwanderung:

Afrika, quo vadis? Wem hilft die Hilfe wirklich?



Auch wenn im Vergleich mit Ländern des Nahen und Mittleren Ostens oder des Balkans (noch) relativ geringe Flüchtlingszahlen aus afrikanischen Ländern zu verzeichnen sind, darf man doch nicht vergessen, dass in vielen Teilen des afrikanischen Kontinents Hunderttausende auf der Flucht sind, oft innerhalb der Grenzen ih-

Überschwemmungen, Dürreperioden und daraus folgende Missernten) führen für einen großen Teil der Bevölkerung in vielen Ländern des afrikanischen Kontinents zu Hungersnöten, Hoffnungslosigkeit und eben auch zu der Entscheidung, die Heimat zu verlassen und anderswo nach einem besseren Leben zu suchen. Nur ein

und nachhaltig verbessert, muss mit riesigen Flüchtlingsströmen gerechnet werden.

Entwicklungspolitik – was ist das?

Den Begriff Entwicklungspolitik kennen wir seit nunmehr über 60 Jahren; landläu-

figer ist der Begriff Entwicklungshilfe; neueren Datums ist der Begriff „Entwicklungspolitische Zusammenarbeit“. Hinter diesen Begriffen verbergen sich sehr unterschiedliche Aktivitäten der Industrieländer und damit auch Deutschlands bzw. der Bundesrepublik Deutschland, nämlich die Länder der sog. „Dritten Welt“ so zu fördern – so heißt zumindest eine der zahlreichen Zielvorstellungen der „Entwicklungspolitik“ –, dass sie sich in mehr oder weniger naher Zukunft dem wirtschaftlichen Niveau und dem Lebensstandard der „Ersten Welt“ annähern und sie schließlich erreichen. Andere Zielvorstellungen heißen: Grundbedürfnisbefriedigung, nachhaltige Entwicklung, Hilfe zur Selbsthilfe etc.

Rückblick

Auf die neuere Geschichte des afrikanischen Kontinents – Stichworte: Kolonialisierung, Dekolonialisierung und politische Unabhängigkeit, Entwicklung politischer Parteien oft aus sog. Befreiungsbewegungen, Entstehung von Einparteiensystemen und Militärdiktaturen, sozialistische Optionen und Ost-West-Konflikt, Ansätze zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – kann im Rahmen des Beitrags nicht explizit eingegangen werden, obwohl der aktuelle Entwicklungsstand vieler afrikanischer Länder, besonders derjenigen südlich der Sahara, hierin seine Wurzeln hat.

Die Entwicklungspolitik in und für den afrikanischen Kontinent, die Anfang der 1960er Jahre begann, weist viele unterschiedliche Schwerpunkte und Phasen auf. Die Entwicklungshilfe Deutschlands, in dem es ebenfalls seit Anfang der 1960er Jahre ein Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) gibt, lässt sich wie folgt skizzieren:

→ 1. Entwicklungsdekade (1960 – 1970): Entwicklung durch Wachstum; der sich entwickelnde Wohlstand (durch Kapitalzufuhr) soll sein Durchsickern in rückständige Sektoren und Regionen bewirken (trickle down effect). Die Einbindung in den Weltmarkt führte in der Tat zu stärkerer Nachfrage nach Produkten (Rohstoffen) afrikanischer Entwicklungsländer; bereits 1969 aber wurde im Pearson-Bericht – benannt nach dem kanadischen Ministerpräsidenten und Friedensnobelpreisträger Pearson – kritisiert, dass Entwicklung nur durch Kapitalzufuhr nicht zu erreichen sei.

→ 2. Entwicklungsdekade (1970-1980): Grundbedürfnisstrategie als entwicklungs-politisches Konzept; sie beruhte auf der Annahme, dass Befriedigung der Grundbedürfnisse und Sicherung der Menschenrechte (Nahrung, Wasser, Gesundheit, Kleidung, Wohnung, Infrastruktur, Freiheit, Selbstbestimmung, kulturelle Identität, Bildung, Arbeit usw.) zu Wachstum und Wohlstand führen. Gegenüber der vorherigen Phase änderte sich allerdings wenig.

→ 1980er – das verlorene Jahrzehnt: Hohe Auslandsverschuldung und eine allgemeine Wirtschaftskrise in den 1980er Jahren führten zu Stagnation und Rückschritt in vielen Ländern Afrikas, von denen man einige schon auf dem Niveau sog. Schwellenländer vermutete. Afrikanische Staaten waren zudem ein Spielball diverser Ost-West-Spannungen; die jeweiligen afrikanischen Regierungen wurden häufig – je nach ihrer politischen Ausrichtung/Lagerorientierung – vorzugsweise unterstützt, um sie für außenpolitische Ziele der „Gebeländer“ zu gewinnen. So leistete auch die Bundesrepublik Hilfe an afrikanische Länder, um deren Anerkennung der DDR zu verhindern (sog. Hallstein-Doktrin).

→ 1990er bis heute: Seit dem Ende des Kalten Krieges (1989) stehen Demokratieförderung und nachhaltige soziale Marktwirtschaft im Vordergrund: Sie sollen die Bevölkerung in die Lage versetzen, eigenständig die eigenen Lebensbedingungen zu verbessern, ohne sich an Standards anderer Länder zu messen. Also: arbeitsintensive Projekte, angepasst an kulturelle und wirtschaftliche Situationen, sparsamer Ressourcenverbrauch und Umweltverträglichkeit.

Was aber haben 60 Jahre Entwicklungshilfe gebracht, wem haben sie genützt? Be-

rücksichtigt die Entwicklungshilfe zu wenig, dass ein ganz wesentlicher Motor der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung die Mobilisierung von Eigeninitiative und das Vorhandensein von Anreizen wirtschaftlicher (Märkte) oder auch sozial-gesellschaftlicher Natur sind?

Wirtschaft und Wachstum

Afrika hat heute ca. 1,1 Milliarden Menschen, die in insgesamt 54 Ländern leben. Der Kontinent ist zwar reich an Rohstoffen und natürlichen Ressourcen, dennoch hat seine Bevölkerung den bei weitem geringsten durchschnittlichen Lebensstandard. Von den vierundzwanzig „Ländern mit geringer menschlicher Entwicklung“ liegen gemäß Human Development Index zweiundzwanzig in Afrika. Von den vierzehn Ländern, deren kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2008 weniger als 1000 US-Dollar betrug, liegen dreizehn in Afrika. Subsahara-Afrika (ohne Südafrika) ist die einzige Weltregion, in der die Armut seit 1990 zugenommen hat. Zwar ist das reale Pro-Kopf-Einkommen gestiegen, aber auch die absolute Zahl der Armen wuchs um rund 100 Millionen Menschen an. Mehr als zwei Drittel der Menschen in Subsahara-Afrika verfügen über weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist jedoch zu beachten, dass mehr als ein Drittel der Bauern südlich der Sahara ihre Nahrung und die meisten Güter ihres Lebensunterhaltes komplett für sich selbst bzw. ihre lokalen Gemeinschaften produzieren (Subsistenzwirtschaft), sodass sie dafür kein Geld benötigen. Weitere 50 % kombinieren Selbstversorgung und Marktproduktion in kleinen Familienbetrieben mit maximal zwei Hektar Landbesitz. Die Qualität dieser Lebensweise wird leicht falsch beurteilt, wenn man die heute üblichen Wohlstandsindikatoren anwendet.

Die weitverbreitete Armut und die sich zunehmend verschlechternden Bedingungen für die Subsistenzlandwirtschaft (Landknappheit, geringe Erträge, Bevölkerungsexplosion, Raubbau an den Ressourcen, Landflucht, soziale Umwälzungen, erschwert durch Dürreperioden, Überschwemmungen und folgende Missernten u. Ä.) wirken sich vor allem auf die Ernährungs- und Gesundheitslage negativ aus. Mehr als ein Fünftel der Menschen in der Region südlich der Sahara gilt als unterernährt. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt lediglich 54 Jahre, fast 40 % der Bevölkerung leben noch immer ohne

ausreichende Wasser-, fast 70 % ohne angemessene Sanitärversorgung. Hinzu kommen die gravierenden Auswirkungen der Immunschwächekrankheit AIDS und anderer Infektionskrankheiten wie Malaria und Tuberkulose. Darüber hinaus erschweren Gewalt, Korruption und politische Instabilität eine wirtschaftliche Entwicklung. Seit mehreren Jahrzehnten existieren die unterschiedlichsten Verbesserungsvorschläge, von wenigen Ausnahmen abgesehen ist deren Erfolg bis heute bescheiden.

Hinsichtlich der Entwicklung der Wirtschaft bestehen also beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sowie auch innerhalb der Staaten. Die städtischen Regionen, insbesondere die Hauptstädte (natürlich mit Ausnahme der sich immer weiter ausdehnenden Slums), sind oftmals wesentlich besser entwickelt als die meist dünnbesiedelten ländlichen Gebiete. Des Weiteren besteht in Afrika häufig eine sehr große soziale Ungleichheit zwischen einer kleinen, reichen Oberschicht und der Bevölkerungsmehrheit. Die reicheren Länder des Kontinents befinden sich nördlich der Sahara und im Süden. Nordafrika war lange Zeit eng mit der Wirtschaft Europas und der des Nahen Ostens verbunden. Im Süden befinden sich mit Südafrika und Botswana die höchstentwickelten Staaten des Kontinents, deren wirtschaftliche Stärke auch die Nachbarstaaten beeinflusst. In Angola, Gabun und Äquatorialguinea begünstigt der Ölreichtum die wirtschaftliche Entwicklung. Prekär hingegen ist die Lage insbesondere in Niger, im Tschad, in der Zentralafrikanischen Republik und in der Demokratischen Republik Kongo (früher: Zaire), in der Republik Zentralafrika sowie in Somalia am Horn von Afrika.

Von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Ländern Schwarzafrikas ist das andauernd hohe Bevölkerungswachstum. Es betrug zwischen 1960 und 2000 im Mittel 3 % gleichzeitig wuchs die Wirtschaft im Mittel nur um 2 %. Dies hatte zur Folge, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in diesen Ländern (ohne Südafrika) von 525 US-Dollar 1970 auf 336 US-Dollar im Jahr 1997 fiel. Schließt man das wirtschaftlich starke Südafrika aus, so stieg das BIP pro Kopf zwischen 1960 und 2004 zwar von 425 auf 536 US-Dollar, gleichzeitig fiel das kaufkraftbereinigte BIP pro Kopf von 1922 US-Dollar im Jahr 1975 auf 1811 US-Dol-



lar im Jahr 2004.

Seit Mitte der 1990er Jahre erlebt Afrika erstmals seit 1960 wieder zunehmendes Wirtschaftswachstum (was jedoch nicht mit Entwicklung im weiteren Sinn gleichgesetzt werden sollte). Die Gründe hierfür sind vielfältig. In erster Linie tragen gestiegene Rohstoffpreise und erhöhte ausländische Direktinvestitionen, vor allem aus der Volksrepublik China, dazu bei, ebenso die seit etwa 1990 in einigen Ländern Afrikas zu beobachtende Demokratisierung und eine damit verbundene und zumindest in Ansätzen bessere Regierungsführung sowie ein weitreichender Schuldenerlass. Im Jahr 2004 betrug das Wirtschaftswachstum in Afrika 5,1 %; im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts lag die durchschnittliche Wachstumsrate bei fast 6 %, was jedoch immer noch unter dem anderer Wachstumsregionen wie Ostasien oder Lateinamerika liegt.

Gemäß einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung haben folgende zehn Küstenländer das größte Potenzial: im Süden Südafrika, Namibia und Botswana, im Norden Marokko, Tunesien und Ägypten, dazu noch Senegal, Gambia, Ghana, Gabun und Mauritius. Nigeria mit 170 Millionen Einwohnern und einem BIP von umgerechnet gut 372 Milliarden Euro im Jahr 2013 hat inzwischen Südafrika mit einem BIP von knapp 229 Milliarden Euro als größte Volkswirtschaft auf dem Kontinent abgelöst – trotz der in diesem Land herrschenden politischen Instabilität und der schlechten Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung.

Bewertung/Kritik

Trotz 50 Jahren Entwicklungshilfe befindet sich unser Nachbarkontinent generell in keinem guten, eher in einem katastrophalen Zustand. Die unterschiedlichen Formen der Entwicklungshilfe haben alle

ihre mehr oder weniger ausgeprägten Schwächen. Dabei genießt die nichtstaatliche Entwicklungshilfe durch sogenannte NGOs einen besseren Ruf als die staatliche.

Große Anerkennung findet die v.a. humanitäre Hilfe im Fall von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Dürreperioden mit daraus folgenden Missernten und Hungersnöten, in Flüchtlingslagern usw. Einen sehr guten, beispielhaften Ruf haben auch die zahlreichen Projekte nichtstaatlicher Natur, die sich um Erziehung und schulische und berufliche Ausbildung von Kindern und Jugendlichen kümmern.

Von Kritik werden allerdings auch die NGOs nicht verschont, zumal wenn sie einen guten Teil ihrer finanziellen Mittel für sich selbst und nicht für die Menschen ausgeben, die ihnen in ihrer entwicklungspolitischen Arbeit anvertraut sind. Die internationalen und staatlichen Hilfseinrichtungen und auch viele NGOs haben sich über die Jahre zu einem riesigen Apparat, einer Entwicklungsbranche, gemausert, die für ihre eigene Administration und für die vielen tausend in dieser Branche Tätigen (man spricht von insgesamt einer halben Million Arbeitsplätzen) große Summen aufwenden muss.

Immer häufiger wird nun die Frage gestellt, was die seit Jahrzehnten geleistete Entwicklungshilfe wirklich bewirkt hat und ob nicht ein komplettes Umdenken hinsichtlich der globalen Zusammenarbeit aller Länder dieser Welt angezeigt sein müsste. Erstaunlich: Besonders kritische Stimmen zur Entwicklungspolitik und zur Entwicklungshilfe für Afrika melden sich seit einigen Jahren aus Afrika selbst. In den letzten 40 Jahren haben afrikanische Entwicklungsländer nach Schätzungen mehr als 500 Milliarden Dollar erhalten. Das Ergebnis dieser enormen finanziellen Hilfe erscheint niederschmetternd.

Während vor allem asiatischen Ländern ein rasanter Sprung nach vorne gelang, meist mit wenig Hilfe von außen, fiel Afrika immer weiter zurück. Der kenianische Ökonom James Shikwati plädiert deshalb für eine radikale Abkehr von der klassischen Entwicklungshilfe, also von der „normal“ gewordenen finanziellen Unterstützung afrikanischer Staaten/Regierungen. Die humanitäre Hilfe in Katastrophenfällen und auch große Teile der nichtstaat-

lichen Hilfe nimmt er von seiner Kritik deutlich aus. Shikwati sagt, dass Entwicklungshilfe Afrika abhängig gemacht und Machtstrukturen verfestigt habe, von denen wenige profitierten. Die internationale bzw. westliche Hilfsindustrie stärke tyrannische Herrscher und Korruption. Marktkräfte, freier Handel und Eigeninitiative würden durch Entwicklungshilfe erstickt und Bürokratie und Dirigismus gefördert.

Auch die zambische Ökonomin Dambisa Moyo hält „normale, ständig fließende Entwicklungshilfe“ für eine „tödliche Gefahr“. Sie fordert „Markt statt Almosen“; Entwicklungshilfe sei die Wurzel vieler Übel Afrikas und Ursache dafür, dass es dem Kreislauf von Korruption, Krankheiten, Armut und Abhängigkeit immer noch nicht entkommen ist; auch sie sagt, dass humanitäre Hilfen in ihren verschiedenen Formen akzeptabel und willkommen seien. Akua Djanie aus Ghana warnt vor einer gefährlichen „Bettlermentalität“, die, so sagt sie, die gesamte soziale Ordnung Afrikas zu durchdringen und Selbsthilfe und Eigeninitiative zu zerstören drohe.

Fazit

Die Kritik an der Entwicklungshilfe und an der Entwicklungspolitik ist so vielseitig, so unterschiedlich motiviert, so sehr von bisherigen Ergebnissen, von zahllosen Fehlschlägen und Fehlentwicklungen und auch von zahllosen persönlichen Erfahrungen gekennzeichnet, dass es quasi unmöglich ist, eine einzige Antwort auf die Berechtigung dieser Kritik zu geben. Klar dürfte jedoch sein, dass die bisherige Entwicklungshilfe an Afrika überholt ist.

Die eingangs gestellte Frage, wem die Entwicklungshilfe wirklich genützt hat, lässt sich anhand der zahlreichen in der Fachliteratur, in den Medien und auch in der aktuellen „Entwicklungsdebatte“ zu findenden Bewertungen, Erfahrungen und Kritiken in pauschaler Weise wie folgt beantworten:

→ 1. Über die vielen Jahre/Jahrzehnte seit Beginn der Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe ist in der entwickelten Welt eine riesige, nicht komplett überschaubare Anzahl von staatlichen wie auch nicht-staatlichen Hilfsorganisationen entstanden. In dieser „Entwicklungsbranche“ arbeiten Hunderttausende Menschen als Angestellte, Experten, Entwicklungshelfer etc. Sie erhalten ihre Löhne/Gehälter und

erfüllen wichtige und manchmal auch risikoreiche Aufgaben, besonders wenn sie in Krisengebieten des afrikanischen Kontinents eingesetzt sind. Ein guter Teil der Ausgaben für afrikanische Entwicklungsländer verbleibt also in den Hilfsorganisationen, zum Nutzen der dort arbeitenden Menschen – ein vielleicht in Einzelfällen, aber pauschal nicht zu kritisierender finanzieller Aufwand.

→ 2. Viele Hilfsorganisationen beschäftigen sog. Ortskräfte, also Einheimische, die für bestimmte Aufgaben innerhalb der Projektarbeit ausgebildet und beschäftigt werden. Sie erhalten ihre Löhne/Gehälter von den zumeist ausländischen Hilfsorganisationen; ihre Einkommen liegen in aller Regel über dem Durchschnittseinkommen im „Gastland“, was die Arbeit für eine Hilfsorganisation zu einem begehrten „Job“ macht. Diese Ortskräfte profitieren also erheblich von der Entwicklungshilfe, was ebenfalls nicht pauschal und grundsätzlich zu kritisieren ist.

→ 3. Viele nichtstaatliche Hilfsorganisationen haben ihren Arbeitsschwerpunkt im Bereich der schulischen, außerschulischen und beruflichen Ausbildung. Wenn diese Ausbildungsmaßnahmen zielorientiert sind, also berufliche Perspektiven eröffnen und zu einer Verbesserung der individuellen sozio-ökonomischen Situation führen, dann sind sie für die Entwicklung des Landes sehr nützlich. Die Erziehungs- und Ausbildungsarbeit mit zahlreichen kirchlichen Projektträgern sowie mit anderen Nichtregierungsorganisationen trägt wesentlich dazu bei, gesellschaftliche Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen. Der Aspekt der Hilfe zur Selbsthilfe – ein sehr wichtiges Prinzip aller Entwicklungsbemühungen – hat sich gerade in diesem Bereich bewährt.

→ 4. Die Kritik, dass Entwicklungshilfegelder immer wieder in dunklen Kanälen verschwinden, dass sich Politiker durch Korruption bereichern und ihren so „erworbenen“ Reichtum auf ausländischen Konten speichern, dass also eine von der Entwicklungshilfe profitierende politische und wirtschaftliche „Elite“ entstanden ist, wird seit Jahrzehnten geäußert und hat für viele afrikanische Länder sicherlich ihre Berechtigung. Diese Fehlverwendung findet sich vorwiegend bei der staatlichen Entwicklungshilfe. Zu hoffen bleibt hier nur, dass die „Geberländer“ verstärkt Einfluss nehmen auf die Verwendung ihrer Hilfe und dass in den „Nehmerländern“ entwicklungspolitische Verantwortung

und Fachkompetenz seitens der Regierung und ihrer Institutionen (good governance) und demokratische Kontrollen und Verhaltensweisen seitens der Bevölkerung insgesamt so zunehmen, dass auch die Hilfe an afrikanische Staaten in Zukunft von größerem Nutzen als in der Vergangenheit ist.

→ 5. Festzuhalten ist schließlich, dass der erheblich größere Teil der Bevölkerung in den afrikanischen Ländern wenig oder gar nicht von der Entwicklungshilfe profitiert hat. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist größer geworden; viele Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze in den immer größer werdenden Slums im Umfeld der Großstädte; die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist oft unzureichend; die Arbeitslosigkeit ist weit verbreitet und hoch.

Trotz aller Misserfolge im Einzelfall und trotz aller über viele Jahre zu beobachtenden Fehlentwicklungen gibt es keine Alternative zu weiterer Entwicklungszusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern. Aber es muss erreicht werden, dass Engagement und Kritik, der Wille zu helfen und die Bereitschaft, Bedingungen langfristigen und nachhaltigen Erfolges zu akzeptieren, aufeinander abgestimmt werden und miteinander vereinbar sind. Hauptziele müssen sein, die Grundbedürfnisse der stetig wachsenden Bevölkerung zu befriedigen, zugleich das Wachstum der Bevölkerung zu begrenzen (Familienplanung), demokratische und rechtsstaatliche Strukturen als Vorbedingung für Hilfeleistungen zu fordern, Kontrollmechanismen für die Verwendung nicht nur von Entwicklungshilfegeldern, sondern auch der einheimischen Ressourcen zu vereinbaren, die bei Nichtbeachtung Sanktionen nach sich ziehen müssen. All das sind keine neuen Erkenntnisse, aber sie werden oft und leichtsinnig missachtet, und es ist deshalb notwendig, sie immer wieder einzufordern. ■

Der Autor: **Dr. agr. Joseph Lütke Entrup** (77) hat für die TU Berlin und für die Konrad-Adenauer-Stiftung viele Jahre in Süd-, West- und Ostafrika gearbeitet; z. Zt. ist er Bezirksvorsitzender der Senioren-Union Mittelrhein.



„Wir müssen jetzt vom Krisenmodus umstellen auf **Strategie**“

Souverän sprach mit dem Geschäftsführer des renommierten Baseler Wirtschaftsfor schungsunternehmens Prognos AG, Christian Böllhoff, über Demografie, Flüchtlinge und die künftige Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.

Souverän: Die Prognos AG hat untersucht, ob die Zuwanderung durch Flüchtlinge aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum die in Deutschland sich abzeichnenden demografischen Probleme lösen kann. Mit welchem Ergebnis?

Böllhoff: Asylsuchende können und sollten wir nicht als Lösung für unser demografisches Problem betrachten. Aber sie können uns helfen, die Folgen des Problems abzumildern, wenn wir es richtig anstellen. In der jetzigen Situation kommt es auf zwei Punkte an.

Punkt 1: Klar ist, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen nachkommen müssen. Wenn wir die positiven Effekte dieser Zuwanderung dann auch nutzen wollen, dürfen wir die Fehler der Integrationspolitik vergangener Jahrzehnte nicht wiederholen. Es wäre eine vertane Chance, wenn Menschen mit Migrationshintergrund auch künftig erheblich schlechtere Bildungs- und Jobaussichten hätten. Spätestens die Kinder von Zuwanderern müssen die gleichen Möglichkeiten haben wie die übrige Bevölkerung. Das ist sehr wichtig für den Arbeitsmarkt und die deutschen Unternehmen.

Punkt 2 sind Anstrengungen zur gezielten Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Zwar hat Deutschland hier rechtlich aufgeholt, doch ist dies noch nicht bekannt genug, weder bei den hiesigen Unternehmen noch bei den ausländischen Fachkräften. Noch immer besteht der Eindruck, es sei schwierig, hier Fuß zu fassen. Übrigens gibt es an dieser Stelle durchaus Berührungspunkte zwischen beiden Aspekten: Dass



Unser Gesprächspartner:

Christian Böllhoff studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der LMU in München. Es folgten Stationen bei der Treuhandanstalt, Bosch-Siemens-Hausgeräte sowie Gemini Consulting. Seit 2000 ist Christian Böllhoff für die Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck in verschiedenen Führungspositionen tätig. Im Jahr 2003 wurde er zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Basler Prognos AG berufen.

Deutschland sich in der Flüchtlingsfrage weltoffen präsentiert hat, zahlt auch auf seine Attraktivität ein. Zusammen genommen können beide Punkte dazu beitragen, dass Deutschland sein Arbeitskräfteangebot bis ins Jahr 2040 zumindest annähernd halten kann. Bei einer jährlichen Netto-Zuwanderung von durchschnittlich 500.000 Personen ist lediglich ein geringer Rückgang des Arbeitskräfteangebots zu erwarten, nämlich bis maximal 1,5 Mio. Personen. Niedrige Zuwanderung (100.000 Personen netto jährlich) führt hingegen zu über acht Millionen Arbeitskräften weniger als im Vergleichsjahr 2013.

Wurden bei dieser Projektion auch qualitative Aspekte berücksichtigt, vor allem die notwendige Qualifikation der Zuwanderer für den hiesigen Arbeitsmarkt?

In der Simulationsrechnung, die Sie ansprechen, haben wir uns in der Tat nicht nur das Arbeitskräfteangebot angeschaut, also die Frage, wie viele Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland leben würden. Im zweiten Schritt haben wir auch das Fachkräfteangebot betrachtet, also wie viele Personen mit berufsqualifizierendem Abschluss stünden 2040 in den unterschiedlichen Szenarien zur Verfügung? Es zeigt sich: Im besten Fall (hohe Zuwanderung in Kombination mit guter Integration) steigt die Zahl der Fachkräfte bis 2040 um fast drei Millionen. Bei niedriger Zuwanderung in Kombination mit mangelnder Integration sind dagegen über sieben Millionen Fachkräfte weniger zu verzeichnen. „Gute Integration“ meint dabei, dass Migranten spätestens in der zweiten Generation die gleichen Job- und Bildungschancen haben wie die übrige Bevölkerung. Dies wird nicht möglich sein ohne große Anstrengungen und Investitionen. Prognos hat hierzu bereits einige Vorschläge vorgelegt, von denen ich hier nur zwei nennen möchte. So könnten Berufsschulen dank ihrer besonderen Kompetenz eine große Zahl von Geflüchteten für den Arbeitsmarkt fit machen, wenn Politik und Verwaltung sie entsprechend ausstatten.

Oder nehmen Sie den Wohnungsmarkt: Fachkräfte – ob zugewandert oder nicht – müssen es sich leisten können, dort zu leben, wo sie gebraucht werden. Hier braucht es unter anderem gute Stadt-Umland-Konzepte für die Zentren. Insgesamt gilt: Wir müssen jetzt vom Krisenmodus umstellen auf Strategie. Übrigens ist das auch für die Sozialkassen wichtig: Bei guter Integration in Kombination mit hoher Zuwanderung sind rund 2,5 Mio. weniger Geringqualifizierte zu erwarten als bei unzureichender Integration. In einer digitalisierten Wirtschaft mit steigenden Anforderungen an die Mitarbeiter ist dies umso wichtiger, sonst drohen Arbeitslosigkeit und Kosten für den Sozialstaat.

Bis zum Jahr 2040 erwarten Sie laut Ihrem „Weltreport“ ein konstantes, wenn auch nur leichtes Wachstum für Deutschland von durchschnittlich 1,3 Prozent pro Jahr. Worauf gründen Sie diese Annahme?

Die Beschäftigung in Deutschland befindet sich gegenwärtig auf einem historischen Höchststand. Große Wachstumsimpulse durch noch mehr Beschäftigung können wir kaum erwarten – im Gegenteil. Auch stehen wir nicht vor einem wachstumsfördernden Investitionsboom. Während die Unternehmen noch solide in neue Maschinen und Anlagen investieren, dürfte die öffentliche Hand auch in Zukunft eher die schwarze Null als zukunftssträchtige Investitionen im Blick haben.

Es bleibt somit allein der technische Fortschritt als Wachstumsmotor. Dabei sind 1,3 % pro Jahr historisch betrachtet gar nicht wenig. Und ein Gutteil dieses Wachstums werden wir der Digitalisierung zu verdanken haben.

Mit diesen 1,3 Prozent liegt Deutschland nach Ihrer Berechnung künftig eher unter den anderen EU-Ländern. Sie begründen dies durch den hiesigen Mangel an Arbeits-, sprich v.a.

gutqualifizierten Fachkräften. Was bewegt Sie zu der Annahme, dass Deutschland diesen Fachkräftemangel nicht wird kompensieren können?

Wenn wir die leichte Schrumpfung, vor allem aber die starke Alterung der Bevölkerung in Deutschland isoliert betrachten, hätten wir im Jahr 2040 rund ein Siebtel weniger Arbeitskräfte als heute. Dem stehen zwar Anstrengungen gegenüber, mit einer höheren Erwerbsbeteiligung und größeren Erwerbsumfängen bei Teilzeittätigkeiten entgegenzuwirken. Auch erwarten wir in den kommenden 25 Jahren noch einmal einen weiteren spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit. Damit können wir dem drohenden Fachkräftemangel wirksam begegnen.

Gleichwohl: All dies wird gerade so ausreichen, um den demografisch bedingten Rückgang zu kompensieren. Das bedeutet, das Wirtschaftswachstum in Deutschland wird künftig ganz klar durch das Angebot an Arbeitskräften limitiert sein. ■

Geschichte – verschwundene Kulturgüter::

Letzter Rettungsversuch

Es ist die Zeit des Jahrtausendwechsels. Ein alter Mann wandert unweit der bayerisch-thüringischen Grenze auf eine Bahnstation zu. Er kennt sie, er war zuletzt im April 1945 dort. Damals hat er hier als Soldat zwei Dutzend Häftlinge bewacht, die einen Konvoi auf einen Zug umladen mussten. Doch der Zug kam nicht mehr durch, die amerikanischen Panzerspitzen waren schon zu weit vorgedrungen. Also wurde der Zug zurückgeschoben in den Bahnhof und die Ladung in einer Notverbergung vor dem anrückenden Feind versteckt.

Alles ist so, wie er es in Erinnerung hat, nichts wurde verändert. So schreibt er es jedenfalls in seinen Erinnerungen auf und hinterlässt diese als Brief. Jahre später spielen Angehörige diesen Brief einem Journalisten zu. Und die Suche beginnt. In der Tat lässt sich durch Zeitzeugenbefragung, geophysikalische Messungen und Bohrungen feststellen: Hier war kein Schwindler am Werk, der Mann muss tatsächlich an diesem Ort und an einer Verbergungsaktion beteiligt gewesen sein. Nur bleibt die Ladung –

Kriegsbeute aus dem Osten – bis zum heutigen Tage verschwunden, denn das beschriebene Areal lässt mehrere Möglichkeiten zu, eine Erfolg versprechende Nachsuche wird mehrere zehntausend Euro verschlingen.

Der Fall zeigt: Auch siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind noch nicht alle Rätsel gelöst. Der schlagzeilenträchtige Goldzug, der in einem Stollen beim polnischen Walbrzych (Waldenburg/Niederschlesien) stehen soll, ist dabei nur das aktuellste Beispiel. Am meisten bewegt die Gemüter wohl weiterhin der Verbleib des legendären Bernsteinzimmers. Vermisst werden in der Tat noch vier oder fünf Wehrmachtiskonvois, beladen mit dem in Ost und West erbeuteten Kunstgut, einer davon im Südharz. Verschwunden ist ebenso das Archiv der Deutschen Reichspost, die damals für die Hochtechnologieforschung des Dritten Reiches verantwortlich war. Ein Adjutant von SS-Reichsführer Heinrich Himmler spricht in Tonbandprotokollen gar davon, dass acht

wichtige Untergrundanlagen bis heute nicht entdeckt seien. Drei davon könnten inzwischen zumindest ansatzweise durch Journalisten lokalisiert worden sein.

Die Redaktion von Souverän meint: Wertvolle Kunstgüter gehören ins Museum, nicht in modrige Verstecke. Sie zu retten ist durchaus einige Anstrengungen wert. Doch ohne konkrete Hinweise ist eine Nachsuche unmöglich. Deshalb die Frage an unsere Leser: Haben Sie selbst oder auch aus zweiter Hand von solchen Verbergungen gehört? Können Sie Hinweise geben, die vielleicht jahrzehntelang auf dem Dachboden oder in der Feldpost Ihrer Vorfahren geschlummert haben? Dann schreiben Sie uns. Selbstverständlich wird jede Ihrer Informationen vertraulich und in Absprache mit Ihnen behandelt.

Unsere Adresse: Redaktion Souverän, Stichwort: Kulturgüter, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, E-Mail: jan.luther@cdu.de. ■

Sicherheit und Terror:

„Ehrliche und **authentische** Kommunikation“

Durch brutale Terroranschläge in Europa und auch anderswo auf diesem Planeten ist das Gefühl einer latenten Bedrohung zum ständigen Begleiter der Menschen geworden. Müssen wir uns daran gewöhnen? Ein Gespräch mit Professor Dietmar Heubrock, Direktor des Instituts für Rechtspsychologie der Universität Bremen.

Souverän: Terror in Frankreich und Belgien, sexuelle Bedrohung zu Sylvester in Köln und anderen Städten, die Politik diskutiert derzeit v.a. über mehr Polizeipräsenz und Überwachungskameras. Können wir uns mehr Sicherheit tatsächlich „erkaufen“?

Prof. Heubrock: Terroristische Angriffe und kriminelle Angriffe sind etwas Unterschiedliches, und sie erfordern auch unterschiedliche Abwehrmaßnahmen. Gegen verdeckte terroristische Anschläge wie Selbstmord-Attentate würde eine vermehrte Polizeipräsenz nicht helfen. Es kann Attentätern immer gelingen, im öffentlichen Raum eine Bombe zu platzieren, dies auch unter den Augen schwer-

bewaffneter Bundespolizisten, etwa in einem Hauptbahnhof oder in der Halle eines Flughafens. Stellen Sie sich vor, ich würde jetzt in ganz normaler Straßenkleidung mit einem Rucksack auf den Bremer Marktplatz gehen, um am Rathaus als Selbstmordattentäter eine Bombe zu zünden. Die dort vielleicht stehenden Polizisten würden mich sicher vorher nicht erschießen, weil ich nicht als Attentäter erkennbar wäre, und nach dem Attentat wäre ich ohnehin tot, da würde die Maschinenpistole auch nichts mehr nützen. Tatsächlich soll mit sichtbarer Polizeipräsenz in erster Linie das Sicherheitsgefühl der Bürger gesteigert werden, was aber auch nicht wirklich gelingt. Anders verhält es sich bei kriminellen Aktivitäten wie den Bedrohungen von Frauen durch kriminelle Gruppen; hier wäre eine stetige Polizeipräsenz mit schneller Eingriffsmöglichkeit unbedingt erforderlich; das erwartet der Bürger auch zu Recht.

Hilft möglicherweise die immer intensivere Ausspähung der elektronischen Kommunikation bei der frühzeitigen Identifikation von potenziellen Tätern?

Ja, natürlich. Gerade aus der Überwachung elektronischer Medien ergaben sich ja auch die Hinweise auf die sog. „Syrien-Heimkehrer“ und andere Verbindungen zwischen Einzeltätern und ihren Unter-



stützer-Netzwerken. Hier haben wir – wie früher in Bezug auf die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen – das Problem, dass dies von Datenschützern immer wieder als problematisch angesehen wird, und auch, dass einzelne Bürger als mutmaßlich Betroffene dagegen klagen. Ich denke, ein Mehr an Sicherheit geht auch mit einer Einschränkung von Freiheitsrechten Einzelner einher, und das muss in Kauf genommen werden.

Was spielt Ihrer Ansicht nach eine größere Rolle für das Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung – die spektakulären Fälle von Terror beispiels-



diffuse, beruhigend gemeinte Aussage eines Ministers, dass eine „abstrakte Gefährdungslage unverändert vorhanden“ sei, hat gerade keine beruhigende Wirkung, auch wenn sie theoretisch korrekt sein mag. Der Leser konzentriert sich auf diejenigen Wörter, die einen „Alarmerfolg“ auslösen, das sind in dieser Meldung „Gefährdung“, „Lage“, „unverändert“ und „vorhanden“, der Zusatz „abstrakt“ in der Meldung wird subjektiv als weniger bedeutend wahrgenommen. So entsteht beim Bürger die Botschaft: „Wir leben (jetzt) in einer gefährlichen Lage“ – ich denke, man muss sich in der Politik und bei den Sicherheitsbehörden viel mehr Gedanken über gute und authentische Kommunikation machen, um glaubwürdig und effektiv zu sein.

Ist ein wirksamer Schutz vor Gewalt, Terror und Kriminalität letztendlich eine Illusion?

Ja und nein, wir müssen wieder zwischen Terror und Kriminalität, die ja unterschiedliche Formen von Gewalt sind, unterscheiden. Ein 100-prozentiger Schutz vor Terror wird niemals möglich sein, das wird inzwischen auch von den Bürgern verstanden.

Der Bürger akzeptiert aber nicht, dass bestimmte Formen von Kriminalität als gegeben hingenommen werden, und er erwartet vom Staat als Träger des Gewaltmonopols und von den Behörden, dass sie den Bürger bestmöglich schützen. Der Bürger erwartet zu Recht, dass die Polizei bei akuten Vorfällen eingreift, und er erwartet eine zügige und wirksame Strafverfolgung. Das allerdings sollte keine Illusion sein, sondern damit sollte der Staat und sollten die zuständigen Behörden zeigen, dass sie das elementare Grundbedürfnis der Menschen nach größtmöglicher Sicherheit auch ernst nehmen. ■

weise oder die Alltagskriminalität wie Einbruch oder Vandalismus von Jugendgangs?

Wir haben eine latente Kriminalitätsfurcht, die in einzelnen Gruppen, etwa Seniorinnen und Senioren, aber auch in Frauen vorhanden ist, selbst wenn sie statistisch nicht häufiger tatsächlich betroffen sind. Diese stets vorhandene Kriminalitätsfurcht wird durch Alltagskriminalität gewissermaßen unterfüttert und führt zu individuellen Vorsichtsmaßnahmen, etwa dem Kauf von Schreckschusswaffen oder der Installation von Alarmanlagen im Haus.

Punktuelle und spektakuläre Fälle, etwa Sprengstoffanschläge, können dieses Bedrohungsgefühl insofern zu einer Art Hilflosigkeitsgefühl steigern, als man sich gegen Terror individuell gar nicht schützen kann. Folglich hängen diese drei Aspekte zusammen, und sie verstärken sich so zu einem kollektiven Bedrohungsgefühl, mit rationalen und mit irrationalen Momenten.

Welche Rolle spielen die Medien, erzeugen sie erst durch ihre Schlagzeilen ein Klima der Angst?

Dass über die Kriminalitätslage oder aber auch die Terrorlage berichtet wird, ist absolut richtig. Ich selber trete aber auch für eine ehrliche und authentische Kommunikation ein, bei der nichts beschönigt, aber auch nicht künstlich beunruhigt wird. Eine

Schulte Haus-Rollator - der Liebling
sehr schmal | enorm wendig | fertig montiert

Prospekt anfordern **0800 200 6004**
 Telefon gebührenfrei

Zuverlässiger und treuer Begleiter sucht ein neues zu Hause.
 Mit mir wird keine Teppichkante mehr zur Stolperfalle, denn ich bin Ihre sichere Stütze. Auch als Servierhilfe bin ich sehr nützlich. Auf meinem rutschfesten Tablett stehen Gläser und Tassen sicher. In meiner Schublade sind Ihre Medikamente und Portemonnaie vor fremden Blicken geschützt.

Schulte Holzprodukte GmbH
 Langenberger Straße 96
 33397 Rietberg - Mastholte

Schulte
 Holzprodukte
www.haus-rollator.de

Überalterte Gesellschaft:

Werden die Gesundheitskosten explodieren?

Der demografische Wandel beschert uns sukzessive eine überalterte Gesellschaft. Eine Zeitbombe für die Gesundheitskosten? Oder wird der medizinische und physiologische Fortschritt diese nicht so stark ansteigen lassen wie oft befürchtet? Ein Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Axel Börsch-Supan.

Souverän: Herr Professor Börsch-Supan, Sie beschäftigen sich intensiv mit den Wechselwirkungen zwischen dem demografischen Wandel und der Gesundheit. Dieses Thema ruft sofort Schlagwörter wie „Vergreisung“ oder „explodierende Gesundheitskosten“ und die Angst vor einer schrecklichen Zukunft mit einer Bevölkerung aus alten, kranken und schwachen Menschen auf den Plan. Sind diese Sorgen realistisch?

Börsch-Supan: Eher unrealistisch. Ich plädiere deshalb dafür, die Sichtweise zu wechseln und Gesundheit primär als Investition in das Positive im demografischen Wandel und nicht als Kostenfaktor aufgrund des demografischen Wandels zu sehen.

Wie meinen Sie das?

Nun, das geht in den Diskussionen immer wieder verloren: Eine alternde Gesellschaft hat nicht nur alte Leute. Erstens: Wir leben ja länger und sind im Alter gesünder als die Menschen vor 50 Jahren. Also muss sich der Altersbegriff ändern: Die 70-Jährigen von heute waren die 60-Jährigen vor einer Generation. Zweitens: Es wird im Jahr 2040 immer noch deutlich mehr Menschen im Alter unter 60 als über 60 Jahren geben. Wenn wir über „alternde Gesellschaften“ reden, sollten wir also nicht nur die Alten meinen, sondern auch die Jüngeren, die

noch in der Ausbildung sind oder im Erwerbsleben stehen. Grafiken über die Hochaltrigen können ins Beliebigere verzerrt werden: Die Anzahl der über 80-Jährigen wird sich etwa verdoppeln, die der über 100-Jährigen etwa vervierfachen, die der über 120-Jährigen vielleicht sogar verzwanzigfachen. Aber dies ist nicht die wichtigste Botschaft für die Politik, sondern eher, dass viele der „Alten“ körperlich und geistig jung sind und es zudem auch in einer alternden Gesellschaft noch viele junge Leute gibt, die zunächst gut ausgebildet und dann intelligent eingesetzt werden müssen.

Aber droht uns nicht die Gefahr der Altersarmut?

Das ist eine wichtige Frage, denn jede ältere Person in Armut ist eine zu viel. Dennoch: Wir reden in der öffentlichen Debatte zu viel über das Thema Altersarmut, obwohl sie deutlich niedriger ist als in der Gesamtbevölkerung. Das eigentliche Armutsproblem, das Deutschland hat, ist nicht die Altersarmut, sondern die dreifach so hohe Armut unter jungen Menschen, vor allem unter denen, die schlecht ausgebildet sind und/oder einen Migrationshintergrund haben.

Alarmismus ist Ihrer Meinung nach also nicht angebracht?

So ist es. Alle Länder geben einen immer größeren Teil ihres Bruttonationalproduktes für Gesundheit aus. Aber ist das ein Problem? Wir geben auch gegenüber Adenauers Zeiten mehr für Computer und ähnliche Elektronik aus. Die Möglichkeiten und Präferenzen haben sich geändert. Wir sind reicher geworden und geben deshalb auch mehr für Gesundheit aus. In Deutschland hat die Entwicklung des Anteils der Gesundheitsausgaben an der gesamten Wirtschaftsleistung viele Schwankungen erlebt. Dies reflektiert politische ebenso wie unternehmerische Strategien. Der Trend ist positiv, d. h., der Anstieg der Gesundheitsausgaben lag immer über demjenigen des Bruttonationalproduktes, aber die Diskrepanz ist in



Foto: Jan Roedter/MEA

Unser Interviewpartner: Prof. Dr. Axel Börsch-Supan, Jahrgang 1954, gründete 2001 das Forschungsinstitut Ökonomie und Demografischer Wandel an der Universität Mannheim. Das Mannheimer Institut ist seit Juli 2011 als Munich Center for the Economics of Aging (MEA) Teil des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik in München. Börsch-Supan ist zudem Koordinator der EU-Forschungsinfrastruktur Survey of Health, Aging and Retirement in Europe (SHARE).

den letzten Jahren gesunken. Solange diese Diskrepanz unter einem Prozentpunkt pro Jahr liegt, ist die Verschiebung der Ausgabenanteile langsam und keinesfalls alarmierend, solange man dafür länger lebt und gesund bleibt, also ein realer Gegenwert dieser Mehrausgaben vorhanden ist.

Aber es gibt doch eine demografisch bedingte Veränderung der Gesundheitsausgaben ...

Um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Gesundheitsausgaben zu verstehen, muss man zunächst die Ausgaben nach Alter kennen. 60- bis 64-Jährige beispielsweise geben einschließlich der von den Versicherungen getragenen Ausgaben nur halb so viel für ihre Gesundheit aus wie über 90-Jährige, noch Jüngere ein Viertel. Natürlich fallen 90 Prozent der Gesundheitsausgaben im Lebensablauf in den letzten Jahren vor dem Tod an. Doch die Gesamtausgaben würden nur moderat steigen, wenn die Menschen – volkstümlich formuliert – einigermaßen gesund älter werden, d. h., wenn der mittlere Gesundheitszustand relativ zur Lebenserwartung gleich bleibt. Eine optimistischere Annahme wäre, dass die Zeit, in der Menschen gesundheitlich angeschlagen (morbid) sind, im Vergleich zur Lebenserwartung sogar schrumpft.

Je nach der zugrunde gelegten Annahme über die zukünftige Entwicklung der Ge-

sundheit erhält man also eine vielleicht nicht gerade katastrophentartige, aber doch deutliche Steigerung der Gesundheitsausgaben, eine nur geringe Steigerung oder gar keine.

Welche Annahme ist denn aus heutiger Sicht realistisch?

Welche der Annahmen zutreffen wird und in welchem Maße, ist eine sehr schwierige Frage. In den letzten 20 Jahren gab es einen sehr positiven Verlauf der altersspezifischen Gesundheit. So ist z. B. in den Vereinigten Staaten der Anteil derjenigen, die eine funktionale Behinderung haben, deutlich zurückgegangen. Andererseits geben neue Erkenntnisse zur zunehmenden Fettleibigkeit weniger Grund zum Optimismus. Für Europa dürfte Ähnliches gelten, doch muss hier eine wirklich zuverlässige Datengrundlage erst noch aufgebaut werden.

Die letzten Jahrzehnte haben einen rasanten medizinisch-technischen Fortschritt gebracht. Wie ist dieser Faktor einzuordnen?

Die gestiegene Lebenserwartung und die verbesserte Gesundheit kommen leider nicht zum Nulltarif. Viele Analysten trennen die demografischen, die gesundheitlichen und die medizinisch-technischen Ursachen. Ich halte dies für falsch, weil sie ursächlich miteinander verbunden sind. Der medizinisch-technische Fortschritt hat die Demografie und die altersspezifische Gesundheit verändert, weil er das Leben verlängert und, jedenfalls bislang, zudem die Spanne der Morbidität verkürzt hat. Wie schnell die Produktivität im Gesundheitswesen und auch dessen Intensität sich ändern werden, also die Kosten pro Gesundheitsleistung, ist jedoch noch schwerer abzuschätzen als die Entwicklung der Gesundheit.

Wenn wir gesünder sein und länger leben wollen, dann müssen wir selbstverständlich dafür zahlen. Wenn wir größere oder umweltschonendere Autos haben wollen, müssen wir auch dafür zahlen. Wer will schon früher sterben oder länger krank sein?

Die Kernfrage ist jedoch subtiler: Sind diese Ausgabensteigerungen der dadurch erreichten Erhöhung der Lebenserwartung und der Verbesserung der Gesundheit angemessen? Dies ist eine quantitative Frage, nüchtern formuliert eine Frage nach dem Preis-Leistungs-Verhältnis.

Kann man denn diese Frage wirklich beantworten, Gesundheit ist doch kein Marktgut wie ein Auto?

Sehr aufschlussreich sind dazu die Ergebnisse einer mittlerweile recht lange zurückliegenden Studie, deren Tendenz allerdings immer noch aktuell ist. Sie hat zum einen die betriebswirtschaftlichen Kosten der Behandlung ausgewählter Krankheiten im Detail erhoben, zum Zweiten die Heilerfolge gemessen und zum Dritten die volkswirtschaftlichen Kosten der Verwaltung des Gesundheitswesens (inklusive der Krankenversicherungen) ermittelt. Die Ergebnisse sind vielschichtig. Nehmen Sie das Beispiel Lungenkrebs. Deutschland setzt etwa 20% mehr Zeit bei einer Lungenkrebsbehandlung ein als die Vereinigten Staaten und zwei Drittel mehr als Großbritannien. Das liegt daran, dass in Deutschland deutlich mehr operiert wird, auch in relativ weit fortgeschrittenen Stadien. Der medizinische Erfolg rechtfertigt dies nicht, wie man an den Überlebensraten sieht. Bei Gallensteinentfernungen verhält es sich anders. Auch hier setzt Deutschland mehr Ressourcen ein, aber der Erfolg ist auch größer als in den USA, gemessen an der Zeit bis zu völliger Schmerzfreiheit. Diese Beispiele zeigen, dass in beiden Ländern das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht optimal ist. Zu denken geben sollte uns auch, dass die Lebenserwartung in Deutschland lediglich durchschnittlich ist, obwohl wir eines der reichsten Länder in der EU sind. Die „gesunde Lebenserwartung“, d. h. die Zeit von der Geburt bis zum Eintritt der ersten funktionalen Behinderung, liegt in Deutschland bei den Männern am unteren Rand der europäischen Länder, bei Frauen knapp darunter.

Wir reden hier immer von Kosten, Kosten, Kosten. Wo bleibt der Mensch?

Ja, es ist falsch, Gesundheitsausgaben nur als Kosten anzusehen, die es, wo immer möglich, zu reduzieren gilt. Gesundheit ist eine Investition in Menschen, insbesondere auch junge, die noch im Erwerbsleben stehen. Daher habe ich auch am Anfang betont, dass sich der soziale Erfolg alternder Gesellschaften nicht primär an den Älteren, sondern an den Jüngeren messen sollte, da diese, wenn sie schon so wenige sind, zumindest gesund und hochproduktiv sein sollten. Wiederum sehr nüchtern gesagt: Sonst werden die Jüngeren die Renten- und Gesundheitsausgaben der Babyboom-Generation nicht finanzieren können. Einen höheren Anteil des Bruttosozialprodukts für Gesundheit auszugeben kann sich durchaus volkswirtschaftlich rechnen. Gesundheit ist in dieser Hinsicht wie Bildung.

Länger gesund bleiben heißt dann auch länger arbeiten?

Eine alternde Gesellschaft wird bislang ungenutzte Reserven heben müssen, um ihren Lebensstandard halten zu können. Dieses Arbeitsvolumen hängt stark von der Gesundheit ab, denn gesunde Menschen arbeiten länger, während weniger gesunde Menschen früher in den Ruhestand gehen. In diesem Sinne ist Gesundheit also eine gesamtwirtschaftliche Investition, die sich allein dadurch schon zumindest teilweise rechnet, dass sie ein höheres Bruttosozialprodukt schafft.

Noch mal: Ist diese Sichtweise nicht zu sehr auf Wirtschaftlichkeit und Kosten fixiert?

Gesundheit ist natürlich zuallererst ein Wert an sich. Sie rechnet sich aber auch im schnöden wirtschaftlichen Sinne, weil gesunde Menschen länger arbeiten können und daher mehr Bruttosozialprodukt erwirtschaften, aus dem die Gesundheitsausgaben wiederum finanziert werden können. Dies schränkt die Produktivität und selbst die Lebenszufriedenheit keineswegs ein und erhöht zudem die kognitiven Fähigkeiten der Menschen. In puncto Gesundheitszustand hat Deutschland ebenso Verbesserungspotenzial wie im Kosten-Nutzen-Verhältnis bei den gesundheitlichen Dienstleistungen. Hier sind also Dämpfungen bei der zukünftigen Ausgabenentwicklung möglich. Insgesamt hängt diese Ausgabenentwicklung entscheidend von Parametern ab, die ökonomisch und medizintechnisch zumindest teilweise von uns gesteuert werden können. ■



Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

Alle guten Dinge sind drei – der neue Newsletter der Senioren-Union



Neben unserem Kommunikationsorgan Nr. 1, dem Mitgliedermagazin Souverän, das sie gerade in den Händen halten und in dem Sie genau diesen Artikel lesen, haben wir im Vorjahr den Internetauftritt der Senioren-Union zukunftstauglich umgestaltet und damit ein zweites wichtiges Informationsmittel geschaffen. Seit März ist nun auch unser neuer monatlicher Newsletter verfügbar. Er soll eine wichtige Lücke schließen und unsere Mitglieder, Freunde und Interessenten schnell, aktuell und in aller Kürze über politische Vorgänge, relevante Entscheidungen oder wichtige Sachverhalte aus Bund, Land und Kreis informieren. Kommunikation ist im politischen Geschäft alles!

Der einfachste, beste und schnellste Weg, den Newsletter zu beziehen, ist, wenn Sie sich im Internet unter www.Senioren-Union.de auf der Startseite der Webseite der Senioren-Union direkt anmelden. Dazu auf dieser Seite ganz unten, noch unter den Rubriken Aktuelles, Facebook, Presse, Videos, im Feld NEWSLETTER die eigene E-Mail-Adresse eintragen, die Datenschutzbestimmungen lesen (einfach auf das Wort Datenschutz klicken) und danach zur Zustimmung auf das Kästchen klicken. Dann auf Absenden (groß und rot!) klicken und die daraufhin bei ihnen eingehende Mail bestätigen, fertig! Ein leider notwen-

diges, aber sinnvolles Procedere, schützt es doch auch Sie vor ungewollter elektronischer Post.

Der Schritt hin zu dieser elektronischen Variante der Post ist notwendig und sinnvoll. Ältere Menschen beschäftigen sich immer mehr und immer selbstverständlicher mit dem Medium Internet und nutzen zu fast 100 % Handys und Smartphones. Zahlen belegen, dass schon 2014 57 % der Seniorinnen und Senioren einen Computer benutzten. Seit 2010 war dies eine Steigerung um 8 %. Wir liegen also heute mit Sicherheit bei einem Prozentsatz von weit über 60, Tendenz weiter steigend.

Vielfach wissen viele Funktionsträger nicht, wer mittlerweile per E-Mail erreichbar ist, denn auf Orts-, Kreis- und Landesebene können auf diesem Wege viele Informationen, wie Einladungen, Veranstaltungshinweise oder wichtige politische Fakten, viel einfacher, schneller und auch wesentlich kostengünstiger versandt werden.

Helfen Sie mit, mit der Zeit Schritt zu halten und immer auf dem Laufenden zu sein. Sie helfen sich und uns und zeigen der Gesellschaft, dass gerade die Älteren eine nicht zu unterschätzende Kraft sind! ■

16. Bundesdelegiertenversammlung:

Senioren-Union tagt in Magdeburg

Die diesjährige Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union wird am 6. und 7. Oktober 2016 im Maritim Hotel in Magdeburg (Otto-von-Guericke-Straße 87, nur 200 Meter vom Hauptbahnhof entfernt) stattfinden. Teilnehmen werden 300 Delegierte, namhafte Gäste, hochkarätige Aussteller sowie prominente Spitzenpolitiker und Medienvertreter. Zu den Programmpunkten gehört in diesem Jahr auch die Neuwahl des Bundesvorstandes.

Die gesamte Bundesdelegiertenversammlung wird im Maritim stattfinden, das mit seiner modernen Architektur und der lichtdurchfluteten 32 m hohen Glasgalerie eine offene Atmosphäre, kurze Wege und ebenso optimale Präsentationsmöglichkeiten für Aussteller bietet. Unternehmen, Verbände, Vereine und auch Medien sind herzlich eingeladen, sich und ihre Interessen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bundesdelegiertenversammlung durch einen Informationsstand persönlich darzustellen. Sie erhalten so direkten Kontakt zu den Multiplikatoren der Senioren-Union-Basis und damit der Hauptwählergruppe der Union.

Natürlich kann die Ausrichtung der Tagung auch durch Sponsoring-Maßnahmen und Spenden unterstützt werden. Für ein solches Engagement steht eine Palette attraktiver Gegenleistungen zur Verfügung. Für alle Fragen rund um ein finanzielles Engagement im Rahmen der Delegiertenversammlung stehen Ausstellern, Spendern und Sponsoren in der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union zur Verfügung:

Jan Peter Luther, Bundesgeschäftsführer, Telefon: (030) 22070-445,
Jana Höhl, Telefon: (030) 22070-447





Deutsch-russischer Dialog: Meinungsaustausch in Botschaft

„Wir stehen notwendigerweise am Beginn einer neuen Etappe der deutsch-russischen Beziehungen“, so der Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland, Wladimir Grinin, zu Beginn des Gesprächs, zu dem der seit 2010 in Berlin amtierende Diplomat den Bundesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU, Prof. Otto Wulff, und weitere Repräsentanten der Senioren-Union in die russische Botschaft eingeladen hatte. Ohne Verkennung der Realitäten wurde offen und ausführlich über eine Verbesserung der Beziehungen und damit verbundene friedensstiftende Maßnahmen diskutiert. Prof. Wulff betonte, dass zunächst alles unterlassen werden müsse, neue Belastungen den bereits bestehenden zusätzlich aufzuladen. Die Senioren-Union wolle, so betonte ihr Vorsitzender, alles daransetzen, die Bundeskanzlerin und ihren Außenminister darin zu unterstützen, den Faden der Gespräche zwischen Russland und Deutschland nicht

abreißen zu lassen. Der Vertrauensverlust könne, darin waren sich beide Seiten einig, insbesondere durch eine Ausrichtung auf gemeinsame Ziele gemindert und schließlich beseitigt werden. Wenn man bedenke, welche wirtschaftlichen Perspektiven sich ergeben, wenn es beispielsweise zu einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der eurasischen Wirtschaftszone über Zollerleichterungen und die Beseitigung von Handelsschranken von Lissabon bis Wladiwostok kommen würde, dann könne doch nur die Vernunft für die sofortige Umsetzung etwa des Minsker Friedensabkommens sprechen.

Mit neuen Initiativen müsse auch der NATO-Russland-Rat wieder aktiviert werden, um in Krisenzeiten, wie jüngst an der türkisch-syrischen Grenze, schnellstmögliche Deeskalierungsmöglichkeiten zu schaffen.

Der Wunsch der Senioren-Union, einen alsbaldigen Meinungsaustausch mit russi-

schen Senioren, wie Altparlamentariern, aufzunehmen, wurde von der russischen Seite wohlwollend aufgenommen. Die Gesprächspartner waren sich im Übrigen einig: Ermutigend seien die diplomatischen Erfolge bei der Beilegung des Iran-Atom-Konfliktes. Das darin zum Ausdruck gekommene gemeinsame Verantwortungs-bewusstsein müsse dazu beitragen, dass dieses auch auf die Bewältigung des Ukraine-Konflikts und des furchtbaren Syrien-Krieges übertragen werde und damit zur Aufhebung der Sanktionen führe.

Gemäß ihres Slogans „Zukunft braucht Erfahrung“ sieht sich die Senioren-Union als „Erlebnisgeneration“ mit dem Wissen aus der Zeit der Kriegs- und Nachkriegszeit in der Verantwortung für die Zukunft. Diese Erfahrung lehre, dass nur im Frieden und in Kooperation Konflikte gelöst werden können. Die von beiden Seiten gewünschte Fortsetzung der Gespräche soll dazu beitragen. ■

Bundesfachausschuss

Oldenburgerin Heidi Exner berufen

CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber hat Heidi Exner aus Edewecht in den rund 40-köpfigen Bundesfachausschuss „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ der CDU berufen. Ein erstes Treffen gab es nun in Berlin. Als Vorsitzende des Ausschusses wurde Annette Widmann-Mauz, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit und Vorsitzende der Frauen Union, gewählt.

Die CDU-Bundesfachausschüsse haben die Aufgabe, die Programmatik der Partei im Detail zu formulieren und zu er-

gänzen. Sie sind Ansprechpartner der Öffentlichkeit, unterstützen die Beziehungen zwischen Parteien, Institutionen und Verbänden und leisten darüber hinaus einen Beitrag zur Koordinierung christdemokratischer Politik in den Ländern. Eine zentrale Rolle kommt den Bundesfachausschüssen mit Blick auf längerfristige Perspektiven und Grund-satzfragen zu. Heidi Exner, stellv. Landesvorsitzende der Senioren-Union und SU-Kreisvorsitzende im Ammerland, wurde vom heimischen CDU-Landesverband Oldenburg vorgeschlagen. ■



Geplante Flexi-Rente: Wichtige Weichenstellung

Die Senioren-Union der CDU unterstützt die Abschaffung zu starrer Altersgrenzen in Beruf und Ehrenamt und befürwortet einen flexiblen Übergang in den Ruhestand, um der Vielfalt des Lebens im Alter gerecht zu werden. Durch die Flexi-Rente sollen Frühverrentungen stärker vermieden und die Anreize für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben erhöht und auch die Möglichkeit für Rentner, sich etwas hinzu zu verdienen, erleichtert werden. Wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mitteilt, soll durch eine klare und für jedermann verständliche Renteninformation aufgezeigt werden, wie sich längeres Arbeiten lohnen kann und welche flexiblen Übergänge möglich sind. Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung bringen derzeit keinen rentenrechtlichen Vorteil für die Beschäftigten – das soll geändert und zudem belohnt werden, wenn der Arbeitnehmer seinen Beitrag leistet. Der isolierte Arbeitgeberbeitrag zur Arbeits-



losenversicherung bei Beschäftigung nach der Regelaltersgrenze soll zudem befristet für fünf Jahre entfallen, denn Arbeitnehmer, die die

Regelaltersgrenze bereits erreicht haben, sind versicherungsfrei.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion trifft zur Umsetzung der Flexi-Rente eine wichtige Weichenstellung, und es ist zu hoffen, dass der Koalitionspartner ihr darin folgt. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wird derzeit erarbeitet und könnte aus Sicht der Union noch vor der Sommerpause 2016 beschlossen werden. Denn angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ist es eines der dringlichsten Probleme unserer Wirtschaft, wie ältere Arbeitgeber ihre Erfahrungen und Kompetenzen möglichst lange einbringen können. Viele Unternehmen haben bereits reagiert und altersgerechte Arbeitsplätze, entsprechende Arbeitszeiten, eine stärkere Gesundheitsvorsorge sowie Fortbildungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer eingerichtet.

Mit der nun geplanten Flexi-Rente werden weitere Hindernisse abgebaut, damit älteren Menschen ein größerer Spielraum ermöglicht wird, selbst zu entscheiden, wann sie in Rente gehen möchten. Für die Senioren-Union der CDU wird damit eine langjährige Forderung erfüllt.

Alfons Gerling, stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union

Kommunalwahlkampf Niedersachsen: Senioren-Union mischt mit

Am 11. September 2016 finden im Land zwischen Ems und Elbe die Neuwahl der Abgeordneten der Kommunalparlamente sowie auch Direktwahlen etlicher Landräte und Bürgermeister. statt. Um die Kandidaten der CDU zu unterstützen, engagiert sich auch die Senioren-Union auf Straßen, Marktplätzen und Veranstaltungssälen, u.a. durch eine Vielzahl von Auftritten ihres Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff. Er war bei Erscheinen dieser Ausgabe bereits beim Bezirksverband Elbe-Weser in Geestland, beim Kreisverband Oldenburg-



Land in Kirchhatten, beim Kreisverband Meppen in Haselünne und Esterwegen, beim Kreisverband Ammerland in Bad Zwischenahn, beim Kreisverband Aurich in Großefehn sowie beim Kreisverband Friesland in Jever und beim Stadtverband Bückeburg zu Gast. Darüber hinaus wird er am 19. August in Bad Münder und am 25. August in Hannover den Kommunalwahlkampf der CDU Niedersachsen unterstützen. Auch zur Neuwahl des Abgeordnetenhauses in Berlin am 18. September 2016 ist der Bundesvorsitzende aktiv. Er spricht dort am 23. August um 18.00 Uhr im Restaurant Kleine Orangerie im Schloss Charlottenburg. ■

Senioren-Union Sachsen: Neuer Landesvorsitzender

Am 2. Mai wählte die Senioren-Union Sachsen auf ihrem 14. Landesdelegierten-tag einen neuen Vorstand. Frederike de Haas, bislang Vorsitzende in Sachsen, hatte aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt zur Verfügung gestellt. Für ihr langjähriges Wirken dankten ihr die Delegierten herzlich. Neuer Vorsitzender der Landesvereinigung ist nun Klaus Leroff aus Pirna (Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge). Leroff, Jahrgang 1953, war von 1990 bis 2004 Abgeordneter im Landtag von Sachsen, seit 1982 ist er mit einem Ingenieurbüro für Tiefbau und einer Unternehmensberatung für Organisation und EDV selbstständig. Zum Stellvertreter wählten die Delegierten in Dresden den Stadtverbandsvorsitzenden aus Leipzig, Konrad Riedel. ■



Klaus Leroff

Nachruf:

Die Senioren-Union trauert um Walther Leisler Kiep, der im Alter von 90 Jahren verstorben ist. Walther Leisler Kiep hat sich in besonderer Weise um die Senioren-Union verdient gemacht, stets stand er ihr als Mitglied mit Rat und Tat zur Seite. Außenpolitik war seine große



Passion, und die deutsch-amerikanischen Beziehungen waren ihm eine Herzensangelegenheit. Er war es, der die Senioren-Union ermunterte, die

Außenpolitik und die damit verbundene Politik der Einigung Europas nicht aus den Augen zu verlieren. Die Senioren-Union bleibt Walther Leisler Kiep in Dankbarkeit verbunden und wird seiner immer in Ehrfurcht gedenken.

Prof. Dr. Otto Wulff

Stiftung „Jugend und Senioren für Europa“:

Gründungskongress in der Abtei Brauweiler

Am 29. April, dem Europäischen Tag für die Solidarität der Generationen, fiel in Brauweiler bei Köln der Startschuss für eine Stiftung, mit deren Hilfe Studierenden Stipendien gewährt werden. Voraussetzung dafür sei, dass ihre wissenschaftlichen Arbeiten Wege zur weiteren Integration Europas weisen, betonte der Ehrenvorsitzende der CDU-Senioren-Union, Dr. Bernhard Worms, auf dem Gründungskongress. Es sei der ausdrückliche Wunsch Dr. Helmut Kohls gewesen, dass die einst „Helmut-Kohl-Ehrennadel in Gold“ genannte Stiftung luxemburgischen Rechts mit neuer Zielrichtung und entsprechendem Namen an die europäische Öffentlichkeit tritt. Mit dem Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP/EPP), Joseph Daul (FR), als Schirmherrn und der ESU-Präsidentin em. Prof. An Hermans (BE) an der Spitze des Kuratoriums werden die europäische Dimension und Bedeutung der Stiftung unterstrichen, hob Worms hervor. Die über acht Jahre (!) von ihm durchgestandene Prozedur zur Umwandlung der Stiftung habe letztendlich zu einem guten Ergebnis geführt und ermutige ihn, den Vorsitz im Verwaltungsrat zu übernehmen. Ihren Sitz hat die Stiftung im luxemburgischen Bereldange. Dem Verwaltungsrat gehören Persönlichkeiten aus mehreren Ländern an. Die Leitung des Kuratoriums soll in absehbarer Zeit in die Hände eines jungen Mannes oder einer jungen Frau gelegt werden.

In Vorträgen äußerten sich auf dem Festakt namhafte Wissenschaftler und Politiker wie An Hermans, Prof. Dr. Ursula Lehr, Dr. Hans-Gert Pöttering, Dr. Jürgen Rüttgers, Elmar Brok MEP oder Prof. Dr. Van Hecke (Universität Leuven). Sie analysierten die Ursachen der aktuellen Situation in Europa und begründeten die eingeleiteten Schritte zur Überwindung der Vertrauenskrise. An einer Podiumsdiskussion nahmen Vertreter beider Generationen teil.

(Siehe auch ESU-Newsletter „Senior International“ Nr. 133 auf der ESU-Webseite <http://www.esu-epp.eu>)

Ulrich Winz



Startschuss in der altherwürdigen Abtei Brauweiler:
V.l.: Rolf Berend, Elke Garczyk, Dr. Bernhard Worms, Claus Bernhold, Erika Reinhardt, Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Prof. Dr. Ursula Lehr

Europäisches Zusammenwirken ...

... ist die Voraussetzung zur Bewältigung von Krisen, erklärte Rolf Berend, Mitglied des Exekutivkomitees der Europäischen Senioren Union, in Vorträgen vor CSU-Senioren Mittelfrankens und vor Delegierten der sächsischen Senioren-Union in Dresden. Nationale Maßnahmen könnten zeitlich begrenzt erfolgreich sein, aber keine nachhaltigen Lösungen ersetzen. Berend, der auch Thüringer Landesvorsitzender der Senioren-Union ist und früher dem Europaparlament angehörte, sprach sich dafür aus, die Grenzkontrollen „wieder vom Kopf auf die Füße“ zu stellen. Das bedeute, die EU-Außengrenzen zu schließen und zeitweilige Kontrollen an EU-Binnengrenzen „zurückzufahren“. Das Abkommen von Schengen zum visafreien Verkehr sei eine Errungenschaft, die nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe.

Ins Gewissen geredet ...

... hat Papst Franziskus allen, die in Europa Verantwortung tragen. In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Karlspreises stellte der Argentinier in Rom die Frage: „Was ist mit dir los, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit?“ Ruhig und liebevoll seien diese Worte gesprochen worden, betonten Medien. Europa müsse sich endlich an seine ur-

sprünglichen Ideale erinnern, forderte der Papst vor 500 geladenen Gästen. Das Schicksal der Flüchtlinge liegt ihm besonders am Herzen. Bald nach seinem Amtsantritt besuchte er Lampedusa, wo viele Asylsuchende ums Leben gekommen waren; 2014 hat er vor dem Europaparlament an die Ideale Europas erinnert; er wäscht Flüchtlingen zu Ostern die Füße, lädt Obdachlose in den Vatikan ein, gewährt syrischen Flüchtlingen Zuflucht.

Als Schlappe für die Demokratie ...

... wird in Österreich und weiten Teilen Europas die erste Etappe zur Wahl eines Bundespräsidenten gewertet. Intern wird die Ursache für das Scheitern von Kandidaten aus der Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP in fehlender Durchsetzungskraft der Regierung gesehen. So hat sich auch die Hoffnung des Seniorenbundes, dass ihr langjähriger Vorsitzender, Prof. Dr. Andreas Khol, in die Stichwahl kommt, leider nicht erfüllt. Die ESU, deren Exekutivkomitee er angehört, zollt ihm für seine inständigen Bemühungen um die Verteidigung der Demokratie in Österreich Respekt und Anerkennung und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit. Der Wahlausgang vom 22. Mai zugunsten des Grünen-Politikers Van der Bellen wird in ESU-Kreisen mit Erleichterung aufgenommen. UW



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns.

Bitte schreiben Sie uns:

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Zwangstests für ältere Autofahrer – Nein!

Zur Souverän 1-2016, S. 4

Zwangstests sind eine Zumutung. Statistisch gesehen sind viel mehr junge Autofahrer und Führerschein-Neulinge in Unfälle verwickelt als ältere Autofahrer. Ich empfehle aber jedem, der sich im zunehmenden Autoverkehr, vor allem durch rücksichtslose Autofahrer, unsicher fühlt, freiwillig eine Überprüfung seines Könnens vorzunehmen. Ich bin Jahrgang 1927, fahre mehrmals im Jahr zu meinen Kindern nach Esslingen, Kaiserslautern und Koblenz und habe keine Schwierigkeiten beim Fahren. Dennoch habe ich im vorigen Jahr zwecks Überprüfung meines Fahrens eine Fahrstunde genommen und werde es auch in diesem Jahr tun. Freiwillig !!!!

Dr. Karin Berg, 78647 Trossingen

Ist der Mensch tatsächlich verantwortlich?

Zur Souverän 1-2016, S. 12 ff.

Es ist nicht sosehr das, was an Fakten mitgeteilt wird, was diesen Artikel angreifbar macht, sondern die Implikationen und Schlussfolgerungen.

- Mit „Klimaschutz“-Maßnahmen erst zu beginnen, wenn die Beweise für den menschengemachten Klimawandel unumstößlich sind, wäre grob fahrlässig. Mag sein, dass die Modellrechnungen, auf die sich der IPCC stützt, angreifbar sind, die Argumente der Klimaskeptiker sind es erst recht. Die Verdachtsmomente betreffend den menschengemachten Klimawandel sind so groß und erdrückend, dass man handeln muss. Wenn man die entsprechenden Maßnahmen mit Erfolg durch-

führt, wird man natürlich nie sicher wissen, wie hoch die Kosten bei Nichtstun und „weiter so“ gewesen wären ...

- Die Tatsache, dass die Erdoberfläche mit den Meeren und der Atmosphäre ein chaotisches, nichtlineares System ist, bedeutet nicht, dass man es nicht berechnen könnte. Es bedeutet lediglich, dass es sehr stark auf die Genauigkeit der eingesetzten Parameter ankommt sowie auf die Leistungsfähigkeit der eingesetzten Rechner. Bei beidem hat sich in den letzten 15 Jahren eine Menge getan. Eine weitere Implikation der Nichtlinearität und des chaotischen Verhaltens ist, dass aus dem bisherigen Klimaverlauf heraus die Annahme, es gäbe auch künftig die sanften, wellenförmigen Verläufe, nicht zwingend, nicht einmal zulässig ist. Die im Diagramm gezeigte Fortschreibung der mittleren Temperatur bis ins Jahr 2200 ist rein spekulativ.

- Der Autor hat nicht mal damit recht, dass die fossilen Brennstoffe als chemische Syntheserohstoffe unentbehrlich seien. Mit Wasserstoff aus der Elektrolyse überschüssigen Stroms und reichlich vorhandenem Kohlendioxid kann man über geeignete organische Synthesen Chemierohstoffe nach Maß synthetisieren, sodass es hierzu der fossilen Brennstoffe kaum noch oder gar nicht mehr bedarf.

- Mag sein, dass die regenerativen Energien un stetig vorhanden sind. Die Mittel, die zu einer Verstetigung von deren Verfügbarkeit führen, sind jedoch weit entwickelt und drängen immer mehr auf den Markt. Im Übrigen werden insbesondere Windenergie und Photovoltaik immer billiger, sodass wir möglicherweise eher, als wir glauben, die fossilen Energieträger im Boden lassen können.

Ich habe kein Problem damit, dass „Klimaskeptiker“ auch bei Ihnen publizieren, sofern man sich mit deren Aussagen kritisch auseinandersetzen kann ... schließlich haben wir Meinungsfreiheit. Ich hoffe jedoch, dass maßgebliche Politiker sich nicht alleine hierauf stützen, sondern schon aus dem Vorsorgeprinzip heraus handeln, wie man das ja beispielsweise auch bei potenziell krebserregenden Substanzen tut.

Dr.-Ing. Christoph Schmid,
51702 Bergneustadt

Im Laufe der letzten Jahre hat sich die Zahl der „Klimawandel-Leugner“ stark verringert – in Anbetracht der nicht nur durch Simulationsrechnungen, sondern auch durch harte Fakten bestätigten Beweise

des Wandels keine Überraschung mehr. Viele Klimatologen sind sogar der Meinung, dass diese Rechnungen den Klimawandel und seine Auswirkungen noch nicht gravierend genug wiedergeben. Umso verwunderter bin ich als in der Sache seit den 80-iger Jahren Involvierter (Anm. der Red.: Prof. Lotz war u.a. als Sachverständiger der Bundestags-Enquetekommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ tätig), dass ausgerechnet in Souverän einem der wohl „Letztverbliebenen“ Raum für einen Zweifel-Artikel gegeben wird. ... Professor Merbach stellt die Fakten zwar überwiegend korrekt dar. Ich bemängelte allerdings, dass er daraus zu meist falsche oder zumindest verharmlosende Schlussfolgerungen zieht ...

Prof. Dr.-Ing. Helmut Lotz,
89537 Giengen

Herzlichen Dank für zwei besonders gute Beiträge: 1. Prof. Dr. W. Merbach: Ist der Mensch tatsächlich verantwortlich? Endlich eine objektive Betrachtung über den CO₂-Beitrag! 2. Prof. Raffelhüschen: Jetzt endlich einmal Zahlen von einem Finanzexperten über die Flüchtlingskrise.

Dr. Hans-Herwig Bertram, 42799
Leichlingen

Alle Artikel gefallen mir gut, insbesondere aber Seite 12 über den Klimawandel. Herr Professor Merbach hat gut verständlich erklärt, wie alles zusammenspielt. Auch ein großes Lob dafür! Er hat mir meine Meinung bestätigt, allerdings habe ich noch nie über dieses Thema einen hochkarätigeren Bericht gelesen. Die Skala „Globaltemperatur der letzten 3.200 Jahre“ ist hochinteressant.

Karin Anneliese Stüdle,
71672 Marbach a.N.

Energiewende: Für Realismus und Machbarkeit

Zur Souverän 4-2015, S. 28

An sich ein guter Artikel, allerdings mit einem groben Fehler: Es sei der deutsche Ansatz, den Ausstieg aus der Kernenergie mit der globalen Klimapolitik zu vereinbaren. Das ist kein Ansatz. Wenn statt der CO₂ freien Kernenergie die CO₂-freien erneuerbaren Energien verwendet werden, wird dadurch keine einzige Tonne CO₂ eingespart. Sogar das strenge IPCC nennt die Kernenergie als Mittel zur CO₂-Reduzierung. Die CO₂-Reduzierung soll primär durch den Emissionshandel erreicht werden, sekundär durch Einsparun-

gen, wie Sie ja auch selbst schreiben. Der Atomausstieg hat etwas mit erhöhtem Sicherheitsbewusstsein zu tun und mit Umweltschutz, zum Klimaschutz eignet er sich nicht.

Dr. Ing. Friedrich Weinhold,
22844 Norderstedt, per E-Mail

Energiewende

Zur Souverän, div. Beiträge zur Energiewende in 2015

Mit großer Freude habe ich Ihre Artikel gelesen, die mir bestätigten, dass ich nicht als Einzelgänger die Kernkraft befürworte. ... Mir ist auch bewusst, dass die Angst vor der Kernkraft nach dem Unfall von Fukushima epidemieartig zunahm und bis dato vorhanden ist. Inzwischen dürfte aber einigen Menschen bewusst geworden sein, dass der Energiebedarf der Welt zu realistischen Kosten und umweltverträglich nicht ohne die Kern- oder Fusionsenergie gedeckt werden kann. Wir sollten bemüht sein, den vielen Menschen in unserem Lande die Angst vor der Kernkraft zu nehmen ... Die Berater unserer Kanzlerin sollten sich um Experten bemühen, die in ihrem Fach eine hohe Reputation genießen und sich von denen trennen, deren Geltungsdrang größer ist als ihr Fachwissen, mit dem sie die Welt in Angst und Schrecken versetzen. Mir ist bewusst, dass die Zeit hierfür erst dann reif ist, wenn die katastrophalen Folgen der überstürzt angeordneten Energiewende deutlicher erkennbar sind und die exorbitanten Kosten zur Vermeidung eines Klimawandels sich als sinnlos erwiesen haben.

Wilhelm Westendarp,
31303 Burgdorf

Was wird der Flüchtlingsstrom langfristig kosten?

Zur Souverän 1-2016, S. 11

Ende des Jahres werde ich 84 Jahre alt. In meiner aktiven Zeit musste ich ca. 50 Prozent meines Gehaltes an Steuern und diversen Abgaben zahlen. Dafür konnten wir auch jahrzehntelang in Frieden und Wohlstand leben. Auch die Übernahme der DDR konnten wir stemmen. Wenn ich jetzt in größere Städte komme, fahre ich über marode Brücken und kaputte Straßen. Schulen, Kitas und Unis sind vergammelt; Büchereien, Schwimmbäder und Theater geschlossen usw. „Es ist kein Geld da!“, ist die ständige Ausrede der Behörden. Auch die Bundeswehr ist kaum einsatzbereit, obwohl im Laufe der Jahre Milliarden investiert wurden.

Fakten, Argumente und Menschlichkeit – Sammelband zu Sterbehilfe

Es war eine wegweisende Entscheidung: Der Deutsche Bundestag hat eine 150 Jahre alte Regelung im Strafrecht geändert und damit neue Formen organisierter Beihilfe zum Suizid verboten. Palliativ- und Hospizversorgung werden stark ausgebaut. Die Argumente waren zahlreich, emotional und vielfältig; die Debatte der letzten zwei Jahre auch eine „Sternstunde des Parlaments“.

Ziel war eine sensible Regelung, die sowohl die Würde im Sterben wahrt als auch die berechtigten Ängste vor einer drohenden Entwicklung beachtet, die vor allem Menschen in Not vor einem Druck hin zum vorschnellen Tod bewahrt.

Michael Brand war als CDU-Abgeordneter fraktionsübergreifend der wesentliche Koordinator für dieses „vielleicht anspruchsvollste Projekt dieser Legislaturperiode“ (Bundestagspräsident Lammer). Ihm ist es als Herausgeber des Sammelbands gelungen, dieses zutiefst menschliche Thema aus ethischer, medizinischer, rechtlicher und gesellschaftlicher Perspektive zu beleuchten. Doch das Buch ist mehr als ein Kompendium wichtiger Fakten und starker Argumente zum Thema Sterbehilfe. Es ist ein fundiertes Plädoyer für das Leben und seine Würde, gerade an seinem Ende. Und es ist ein leidenschaftlicher Aufruf zur menschlichen Hinwendung zu Menschen beim Abschied von ihren Lieben und von ihrem Leben.

Es finden sich Beiträge namhafter Autoren aus Tageszeitungen ebenso wie Plädoyers und Fachbeiträge: vom Präsi-

den der Bundesärztekammer über Spitzenvertreter der Kirchen und des Ethik-Rates bis hin zu Palliativmedizinerinnen und der Leiterin eines Kinderhospizes oder dem empirischen Beitrag eines Soziologen zur Rolle des Sterbens in unserer Gesellschaft. Auch nach der Gesetzesreform wird der gesellschaftliche Diskurs weitergehen. In wohl keiner anderen Publikation finden sich Argumente und Fakten so dicht und engagiert vorgetragen wie in diesem Buch.

Michael Brand

(Hrsg.): **Sterbehilfe oder Sterbebegleitung? Die Debatte** - Verlag Herder, Freiburg, 2015, 176 Seiten, 19,99 Euro, ISBN 978-3-451-30623-5



„Sternstunde des Parlaments“: Michael Brand in der Bundestagsdebatte zur Sterbehilfe

Jetzt müssen wir mehr als eine Million Flüchtlinge aufnehmen und werden dafür ca. 17 Milliarden pro Jahr zahlen müssen. Woher ist über Nacht das Geld gekommen? Die vielen Menschen sollen alle bei uns Arbeit finden, wo wir selbst doch viele Arbeitslose haben und die Altersarmut steigt. Man will die Zuwanderer integrieren, aber das Gegenteil ist der Fall. Wir islamisieren uns immer mehr. Es gibt schon 3.000 Moscheen in Deutschland; Beschneidung von Jungen ist ebenso erlaubt wie das Schächten von Tieren; Bigamie wird stillschweigend geduldet. In ei-

nigen Städten hat man die Friedhofsordnungen schon geändert. Muslime brauchen keinen Sarg mehr, sondern können in ein Tuch gewickelt beerdigt werden usw. Das einstmals weltweit beneidete Deutschland ist nun vom steilen Sinkflug in den Sturzflug übergegangen. Vor vielen Jahren sagte mir ein junger türkischer Mitarbeiter: Wir werden erst Deutschland, dann Europa islamisieren. Es wird viele Jahre dauern, aber wir werden es schaffen, und die „Ungläubigen“ werden das auch noch alles bezahlen.

Fred Bannwarth, 66693 Mettlach

AUSBLICK AUS DER ERSTEN REIHE



50%
Partnerrabatt*



Exklusiv für die Senioren-Union der CDU Deutschlands

Flusskreuzfahrten verbinden auf ganz wunderbare Weise die Annehmlichkeiten eines schwimmenden Komforthotels und das Erleben und Entdecken von Ländern und Menschen. Exklusiv auf den Schiffen der AMADEUS-Flotte erleben Sie im geruhsamen Reisetempo entlang der schönsten Flüsse Europas traumhafte Metropolen und einzigartige kulturelle Momente. Genießen Sie an Bord Ihrer AMADEUS-Schiffe den exzellenten Service und die herzliche Atmosphäre auf Europas schönsten Wasserstraßen.

KLASSISCHER RHEIN

8-tägige Kreuzfahrt

*Amsterdam – Basel oder umgekehrt
auf MS Amadeus Silver 3 / Princess /
Brilliant. Verschiedene Termine*

ab 749 Euro p. P.

DONAU RHAPSODY

8-tägige Kreuzfahrt

*Passau – Budapest – Passau
auf MS Amadeus Royal
Termin: 26.07.2016*

ab 999 Euro p. P.

JAZZKREUZFAHRT

8-tägige Kreuzfahrt

*Paris – Paris
auf der MS Diamond
Termin: 06.10.2016*

**ab 1.563 Euro p. P.
inkl. Ausflugspaket
im Wert von 720 Euro**

* 50% Rabatt für die 2. Person auf den Kreuzfahrtpreis bei Doppelbelegung. Nur solange der Vorrat an Angebotskabinen reicht. Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen von Amadeus Flusskreuzfahrten.

Beratung und Buchung bei Amadeus Flusskreuzfahrten GmbH,

Verkaufsbüro Robert-Blum-Straße 21, 51373 Leverkusen

Kostenlose Hotline (nur für Senioren-Union): 0800/8745687

Web: www.amadeus-flusskreuzfahrten.de – E-Mail: info@amadeus-flusskreuzfahrten.de

